

Sozialdemokratischer Pressedienst

Herausgeber und Chefredakteur:
Erich Nitzsche, Berlin.
Fernsprecher: Amt Döbber 4196/4196



Anschrift für Verlag und Schriftleitung:
Berlin SW 61, Belle-Alliance-Platz 6
Druckerschrift: Copaldruck

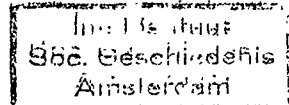
Die Herstellung erfolgt im Selbstverlag.

Der Abdruck ist nur auf Grund besonderer Vereinbarung gestattet. Rückgabe spätestens 4 Wochen vor dem Erscheinungstermin, wenn nicht anders vereinbart ist. Erfüllungsort für beide Teile ist Berlin.

Berlin, den 11. Februar 1931

Der Liebling der Nazis.

von Otto Landsberg.



SPD. Die nationalsozialistischen Agitatoren reisen im Lande herum und werfen in Versammlungen bald dem einen, bald dem anderen Sozialdemokraten vor, dass er in der Zeit des Krieges gegen Bezahlung in französischen Diensten gestanden habe. So wenig entzückt auch unsere Freunde von dem Gedanken sind, den politischen Kampf im Gerichtssaal fortzusetzen, jeder von ihnen wird, wo er auf diese neueste und schmutzigste nationalsozialistische Verleumdung stößt, unnachsichtlich Strafantrag stellen, um dem Verleumdergesindel klarzumachen, dass es Grenzen gibt, deren Ueberschreitung nicht ohne Risiko erfolgen kann.

Worauf stützt sich die ehrabschneiderische Nachrede der nationalsozialistischen Verleumder? Ein französischer Kaufmann Crozier, der während des Krieges unter dem Namen Desgranges für sein Vaterland Spionendienste leistete, hat ein Buch unter dem Titel "In geheimer Mission beim Feinde" geschrieben, worin er über seine angeblichen Heldentaten berichtet. Darin behauptet er u.a., dass er in Holland Mitglied eines geheimen terroristischen Komitees gewesen sei und dass er Beziehungen zu deutschen Revolutionären gehabt habe. Ob diese Mitteilung der Wahrheit entspricht, kann dahin gestellt bleiben. Jedenfalls ergibt sich aus dem Buch selbst, dass Crozier mit keinem deutschen Sozialdemokraten in Verbindung gestanden hat, denn er bezeichnet die Männer der Richtung, mit der er Fühlung gehabt haben will, als Minderheitssozialisten und stellt sie in Gegensatz sowohl zu den Mehrheitssozialisten um Scheidemann wie zu den Unabhängigen Sozialisten um Haase.

Die Mitteilungen Croziers werden von den Nationalsozialisten umgelogen in die Behauptung, dass Sozialdemokraten, deren Namen in dem Buch überhaupt nicht genannt werden, mit Crozier in Verbindung gestanden, ihm Material gegen Deutschland zur Verfügung gestellt, z.B. alle bevorstehenden Offensiven verraten, und von ihm Geld empfangen hätten. Dieses Treiben der nationalsozialistischen Agitatoren ist nicht anders als so zu erklären, dass der Mangel an Ehrgefühl es ihnen unmöglich macht, den Wert des Rechtsgutes der Ehre zu erkennen. Zugleich verraten sie aber durch die Erhebung Croziers zum Kronzeugen eine Urteilslosigkeit, die jedes vorstellbare Mass überbietet. Denn das Buch des französischen Spions wimmelt von den ungeheuerlichsten Lügen, die jeder halbwegs urteilsfähige Mensch als solche erkennt; nur die Erneuerer Deutschlands in ihrer intellektuellen Rückständigkeit vermögen Herrn Crozier nicht zu durchschauen.

Crozier erzählt, dass eine seiner hervorragendsten Mitarbeiterinnen in Holland eine deutsche Aristokratin (er nennt sie die Tochter der Burggrafen) Lisa v. Rollenberg, die Gattin eines deutschen Offiziers, gewesen sei. Sie habe ihm die vorzüglichsten Informationen überbracht, ihn auch einmal in Düsseldorf vor der Verhaftung bewahrt, sie habe sogar an der Ermordung deutscher Gegen-spione teilgenommen usw. Diese ausgedehnte unterirdische Tätigkeit machte es der Dame aber nach Herrn Crozier nicht unmöglich, sich mit ihrem Gatten in

Brüssel zu treffen und bei einem Essen, das er seinen deutschen Kameraden gab, als Tischdame eines höheren Offiziers vom Stabe des Generalgouverneurs teilzunehmen und mit ihrem Tischherrn politische Gespräche zu führen. Crozier erzählt weiter, dass er während des Krieges mit einem deutschen Obersten von S. auf der Jagd gewesen sei, dass der verstorbene Ballin gleichfalls während des Krieges bei Besuchen in Amsterdam oft mit ihm zusammen gewesen sei und allerlei politische Dinge mit ihm besprochen habe! Er berichtet, dass er Teile der infolge der Blockade in den deutschen Häfen liegenden deutschen Handelsflotte gekauft und in den Besitz der Entente überführt habe! Er sucht seinen Lesern weiszumachen, dass er von einem deutschen Kriegsgericht in contumaciam zum Tode verurteilt worden sei, was ein Ding der Unmöglichkeit ist, da dem deutschen Strafrecht im Gegensatz zum französischen ein Kontumazialverfahren unbekannt ist! Und er entblödet sich ferner nicht folgendes zu erzählen: Als er eines Tages das Bedürfnis gehabt habe, nach Brüssel zu reisen, sei er zum deutschen Botschafter im Haag gegangen und habe ihm von dieser seiner Absicht Mitteilung gemacht; gleichzeitig habe er dem Botschafter, der ihn auf jenes Todesurteil hinwies, gebeten, ihm einen Geleitbrief zu geben und ehrenwörtlich zu versichern, dass ihm nichts geschehen werde. Und der deutsche Botschafter habe ihm nicht nur Geleitbrief und Ehrenwort gegeben, sondern auch noch für die Reise Croziers sein Dienstauto zur Verfügung gestellt! So will Herr Crozier in den Stand gesetzt worden sein, nach Brüssel zu reisen, dort seine Geschäfte zu erledigen und wohlbehalten nach Holland zurückzukehren. Als ob ein deutscher Diplomat die Möglichkeit gehabt hätte, Urteilsprüche kraftlos zu machen, wobei darüber hinweggegangen werden soll, dass das dem Botschafter nachgesagte Verhalten geradezu landesverräterisch gewesen sein würde. Später will sich Crozier trotz der Verurteilung zum Tode auch nach Berlin begeben und während der ganzen Reise und seines Aufenthaltes dort eine Kapsel mit stark wirkendem Gift im Munde verwahrt haben, um im Falle der Festnahme das Gift sofort herunterzuschlucken zu können!

Diese Lügen Croziers sind nicht die einzigen. Aber wir denken, dass der Kranz, zu dem sie sich zusammensetzen, dem Leser genügen wird für die Bildung des Urteils: Crozier-Desgranges ist ein pathologischer Lügner. Das ist offenbar der Grund, aus dem die Nationalsozialisten auf ihn schwören. Gleich und gleich gesellt sich gern.

SPD. "Rückkehr zur Barbarei" - so nennt das offiziöse Organ des Vatikans, der "Osservatore Romano" die Morallehren, die in einem von Hitlerleuten herausgegebenen Handbuch der Moral gepredigt werden. Das Blatt gibt einige charakteristische Stellen daraus wieder und schreibt dann:

"Für die Gesundheit der Menschen und deren persönliche Sicherheit raten wir den zuständigen Behörden, schnellstens den Autor dieses Handbuchs der Laienmoral ausfindig zu machen, damit er interniert werden kann. Dazu ist nicht einmal mehr nötig, den Rat mehrerer Ärzte zu bemühen. Er muss sogar gegen seinen Willen festgesetzt werden, und zwar in der Abteilung "Gefährliche Geistesranke" in der Irrenanstalt eines Gefängnisses."

Diese Auffassung zeigt, dass die Herren Nazis auch im Ausland mehr und mehr als das erkannt werden, was sie sind: "Gefährliche Geistesranke".

SPD. Weimar, 11. Februar (Eig. Drahtb.)
Der Naziminister Frick liess am Mittwoch im Thüringischen Landtag auf eine Grosse Anfrage seiner Freunde, in der auf Reden der sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten Crispien und Heilmann sowie Hörsings Bezug genommen wurde, antworten.

In der Antwort heisst es: Die Rede des Reichstagsabgeordneten Crispien

von einer zweiten Revolution, des Abgeordneten Heilmann, dass eine Million bewaffneter Reichsbannerleute bereit stehe, sowie der Ausspruch des Bundesführers des Reichsbanners Hörsing über die Bildung von Schutzformationen seien der Regierung durch Presseverlautbarungen bekannt geworden. Inwieweit die Ausführungen von Crispian und Heilmann den Tatsachen entsprechen, habe bisher noch nicht festgestellt werden können. Dass Reichsbanner-Schutzformationen beständen, sei der Regierung bekannt, dass sie aber bewaffnet sein sollen, habe bisher noch nicht festgestellt werden können. Die Regierung sei durchaus in der Lage, jeden gewaltsamen Umsturz zu unterdrücken. Die Polizei sei zuverlässig und werde die Verfassung mit allen Mitteln schützen. Die Regierung verfolge die Entwicklung aufmerksam und werde alle Massnahmen ergreifen, die zur Abwehr eines bewaffneten Umsturzes erforderlichen seien.

Von sozialdemokratischer Seite wurde gegenüber der demagogischen Anfrage gezeigt, wo in Wirklichkeit die Hetzer und Putschisten zu suchen sind.

SPD. Wien, 11. Februar (Eig. Drahtb.)

Am Mittwoch sprach Aussenminister Dr. Schober im Hauptausschuss des Nationalrats über Fragen der Aussenpolitik.

Inbezug auf die Abrüstungskonferenz erklärte Schober, die österreichische Regierung habe in Genf ebenso wie die deutsche und die ungarische Regierung immer mit allem Nachdruck darauf hingewiesen, dass die bestehenden Ungleichheiten in der Abrüstung den Verpflichtungen der Friedensverträge widersprechen. Der Vertrag Österreichs mit Ungarn und der Besuch des ungarischen Ministerpräsidenten hätten Anlass zu unberechtigten Kombinationen gegeben. Alle diese Gerüchte gehörten in das Gebiet der Phantasie. Weder während seiner Kanzlerschaft noch früher sei je von einem anderen Vertrag die Rede gewesen als von dem, der am 26. Januar unterzeichnet worden sei. Es bestehe auch kein Entwurf eines Militärbündnisses zwischen Österreich und Ungarn. Die Regierung denke nicht im geringsten daran, an den leitenden Grundsätzen der österreichischen Aussenpolitik etwas zu ändern.

SPD. Weimar, 11. Februar (Eig. Drahtb.)

Die Altenburger Staatsanwaltschaft hatte kürzlich auf Grund einer Denunziation von nationalsozialistischer Seite gegen das Altenburger Reichsbanner ein Verfahren wegen gesetzwidrigen Verhaltens eingeleitet, das nunmehr eingestellt worden ist. Angeblich sollte das Reichsbanner von Meuselwitz eine militärische Uebung abgehalten haben. Die Einstellung des Verfahrens zeigt, dass die Angaben der Nazis als eine niederträchtige Verleumdung zu betrachten ist.

SPD. Im Reichstag haben die Abgg. Dauch-Hamburg (DVP) und Perlitius (Ztr) folgende Entschliessung zur Kriegsschuldfrage eingebracht :

"Der Deutsche Reichstag lenkt erneut die Aufmerksamkeit der internationalen Öffentlichkeit auf die schwere Beeinträchtigung der Gedanken des Friedens und der Verständigung durch das Kriegsschuldurteil des Versailler Vertrages. Deutschland hat unter Zwang den Vertrag unterzeichnet, ohne jedoch damit anzuerkennen, dass das deutsche Volk der Urheber des Krieges sei. Das im Art. 231 ausgesprochene einseitige Schuldurteil ist nur geeignet, das Vertrauen unter den Völkern, das für einen wahrhaftigen Frieden erforderlich ist, dauernd zu beeinträchtigen. Die restlose Aufklärung der Vorgänge, die zum Weltkrieg führten, auf der Grundlage Wahrheitsuchender historischer Forschung ist daher dringend erforderlich. Deutschland fordert aus diesem Grunde zur

zur Beseitigung des einseitigen, den historischen Tatsachen nicht entsprechenden Kriegsurteils wie es im Art. 231 im Versailler Vertrag zum Ausdruck kommt, die Berufung eines internationalen Ausschusses von unparteiischen Sachverständigen, der allein ein objektives Urteil über die Vorgänge abgeben kann, die zum Ausbruch des Weltkrieges geführt haben. Der Reichstag ersucht die Reichsregierung, alle ihr möglichen Schritte zu tun, um diese Forderung durchzusetzen."

SPD. Karlsruhe, 11. Februar (Eig. Drahtb.)

Der Badische Landtag verabschiedete am Mittwoch zwei Anträge, die dem unverantwortlichen Treiben der kommunistischen und nationalsozialistischen Opposition ein Ende machen.

Der eine Antrag bestimmt, dass Anträge und Anfragen, die Gebiete behandeln die nicht zur Zuständigkeit der badischen Landesgesetzgebung oder Verwaltung gehören, nur dann beraten werden sollen, wenn sie die Stellungnahme der badischen Regierung entweder im Reichsrat zu einer Gesetzesvorlage oder zu einem vom Reichstag beschlossenen Gesetz betreffen. Durch den anderen Antrag wird der Präsident des Landtages ermächtigt, Anträge an den Landtag oder Anfragen an die Regierung, die einen offensichtlich beleidigenden Charakter tragen oder nach Inhalt oder Form zur Behandlung nicht geeignet sind, von sich aus zurückzuweisen.

Die Kommunisten und Nationalsozialisten tobten in heftigster Weise gegen die Anträge.

SPD. Kiel, 11. Februar (Eig. Drahtb.)

Geradezu mittelalterlich sind die Zumutungen, die die landwirtschaftlichen Unternehmer Schleswig-Holsteins den Gewerkschaften zur Annahme empfehlen. Die Unternehmer fordern Lohnabbau und verlangen in Tarifverhandlungen nicht nur eine Kürzung des Barlohnes der Deputatarbeiter, der jetzt nur 17 Pfennig für die Stunde beträgt, um weitere 2 Pfennige und eine 10 prozentige Kürzung auch der übrigen Löhne, sondern darüber hinaus noch, dass kein Landarbeiter seinen eigenen Kindern Aufenthalt in der Wohnung gewähren darf, wenn die Kinder sich weigern, auf dem Gute zu arbeiten.

Die Tarifverhandlungen sind selbstverständlich gescheitert.

SPD. Die Hugenberg-Presse verkündet am Mittwoch nach dem Auszug der Nazis und Deutschnationalen aus dem Reichstag, dass die "nationale Presse" über die Sitzungen des Hauptparlaments nicht mehr berichten werde. Ihre Vertreter hätten geschlossen die Pressetribüne des Reichstags verlassen. Darauf erwidert am Mittwoch-Abend die rechtsstehende "Deutsche Allgemeine Zeitung":

"In einigen deutschnationalen Blättern lesen wir, dass die Vertreter der "nationalen Presse" nach dem Auszug der Abgeordneten der Rechten in der Reichstagsitzung vom Dienstag die Pressetribüne ebenfalls verlassen hätten. In einer anderen Fassung lautet die Nachricht, dass die "nationalen Journalisten" die Tribüne verlassen hätten. Es handelt sich hier offenbar um einen Druckfehler. Anscheinend soll von der deutschnationalen Presse oder von deutschnationalen Journalisten gesprochen werden, obwohl diese Meldung auch noch falsch wäre, den auch ein Teil der deutschnationalen Journalisten ist auf der Pressetribüne verblieben. Was uns selbst betrifft, so haben wir nicht den geringsten Anlass, unseren Vertreter von der Pressetribüne des Reichstags zurückzuziehen."

Die stockreaktionäre "Kreuz-Zeitung" erklärt am Mittwoch ebenfalls, dass sie die Berichterstattung fortsetzen werde. Mit der Einheitsfront der "nationalen Journalisten" hapert es also ebenso wie mit der Rechtsopposition.

SPD. Dresden, 11. Februar (Eig. Drahtb.)

Die kommunistische Abgeordnete des sächsischen Landtags Frau Nischwitz hat ihr Mandat niedergelegt. Ihr Nachfolger ist der Gemeinderat Richard Schubert aus Zwickau.

Wie in politischen Kreisen verlautet, liegt die Ursache in Differenzen zwischen Frau Nischwitz und der Parteiführung, die schon seit längerer Zeit bestehen. Frau Nischwitz soll nicht so linientreu sein, wie es die Hauptlinge der KPD fordern.

SPD. Braunschweig, 11. Febr. (Eig. Dr.)

Der Naziminister Franzen hat durch das Braunschweiger Polizeipräsidium den für den 22. Februar geplanten Aufmarsch des Reichsbanners und dessen Kundgebung unter freiem Himmel verboten lassen. Dagegen wurde eine Veranstaltung der Nazis zu dem gleichen Termin erlaubt, obwohl die Veranstaltung des Reichsbanners zuerst und zwar schriftlich eingereicht worden war.

SPD. Paris, 11. Februar (Eig. Drahtb.)

Der Eindruck, den die Reichstagsrede des Aussenministers Curtius in Paris hervorgerufen hat, ist wenig erfreulich. Die französische Presse erkennt zwar an, dass Curtius sich in Ton und Sprache alle Mässigung auferlegt und nichts gesagt habe, was nicht schon früher gesagt worden wäre, trotzdem aber sei der Zeitpunkt für eine Generaloffensive in der deutschen Aussenpolitik der denkbar ungünstigste gewesen, denn er habe die kaum wieder aufgehellte internationale Atmosphäre aufs neue verdunkelt.

Der "Temps" nennt die Rede eine schwere Enttäuschung, und er hält dem lückenlosen Programm der deutschen aussenpolitischen Forderungen eine nicht minder lückenlose Aufstellung aller deutschen Sünden, von der angeblichen Alleinschuld am Kriege bis zum schlechten Zahlungswillen und Revisionsverlangen entgegen. Vom Erbe Stresemanns sei unter Curtius nichts anderes übrig geblieben, fügt der "Temps" hinzu, als die moralische Garantie, dass Deutschland seine Forderungen nur auf friedlichem Wege durchführen wolle. Wenn aber Curtius fortfahre, wie am Dienstag mit verbaler Schärfe die absoluten Forderungen der Hitler und Hugenberg zu ermutigen, so müsse man sich fragen, wie lange diese Garantie noch bestehen bleibe. Der "Paris Midi" bezeichnet die Rede als eine Sensation, denn sie wirke hauptsächlich durch ihren bedenklichen Unterton.

Auch in parlamentarischen Kreisen zeigt man ein starkes Unbehagen. Man legt sich Rechenschaft darüber ab, dass die Rede die Offensive der französischen Patrioten gegen die Kredithilfe aufs neue begünstige und die Stellung Briands erschweren muss. Briand selbst hatte am Mittwoch bereits eine ausführliche Unterredung mit dem deutschen Botschafter von Hoesch. Obwohl das amtliche Kommuniqué, wie immer, als Thema der Unterhaltung nur die Besprechung schwebender Tagesfragen meldet, dürfte in Wirklichkeit die Rede des Reichsaussenministers den Gesprächsstoff geliefert haben.

SPD. Warschau, 11. Februar (Eig. Drahtb.)

In dem zweiten grossen politischen Prozess gegen die Warschauer sozialistischen Parteifunktionäre wegen eines angeblichen Umsturzversuches wurden am Mittwoch-Nachmittag vier Angeklagte zu vier Jahren und zwei zu zwei Jahren Gefängnis verurteilt. Der Abgeordnete Dziengielewski wurde freigesprochen.

Die Tatsache, dass das Verfahren, in welchem die Angeklagten ohne Verteidigung und durch beharrliches Schweigen ihren berechtigten Protest gegen

die Person des Vorsitzenden ausdrückten, trotzdem zu Ende geführt wurde, hat bereits zu scharfen Protestanträgen der gesamten Sejm-Opposition geführt. Am Sonnabend wird die andere Justizkomödie, der sogenannte Attentatsprozess mit demselben Vorsitzenden und zum Teil den gleichen Angeklagten fortgesetzt.

SPD. Stuttgart, 11. Februar (Eig. Drahtb.)

Der Stahlhelmführer Seldte hat gelegentlich einer in Stuttgart abgehaltenen öffentlichen Versammlung auch eine vertrauliche Besprechung mit "Wirtschaftskreisen" abgehalten. Nach der Zusammensetzung dieser Besprechung scheint der Stahlhelm die Arbeiter nicht als zur "Wirtschaft" gehörig anzusehen, denn sie waren nicht vertreten, vermutlich auch gar nicht geladen.

Die Besprechung diente einem Appell an die anwesenden kapitalistischen Kreise, sich für den Stahlhelm zu interessieren, d.h. ihm Spenden zufließen zu lassen, sodann aber auch noch einer ziemlich unverblühten Ankündigung des Herrn Seldte, dass sich der Stahlhelm gegen Hindenburg wenden würde, wenn der Versuch gemacht würde, ihn bei der bevorstehenden Reichspräsidentenwahl nochmals als Kandidaten zu nominieren. Der "Sieger von Tannenberg", so erklärte Seldte, habe aus dem Amt nicht das gemacht, was man daraus machen könne, und er könne die Aktivität nicht mehr aufbringen, die man von dem Inhaber dieses Amtes erwarten müsse.

Der Stahlhelm will also mit Hilfe der Rechtsfront, die er beim Volksbegehren gegen den Preussischen Landtag zu sammeln hofft, Hindenburg durch einen Mann ersetzen, der "aktiv" genug ist, sich nicht an die verfassungsmässigen Gesetze zu halten, die seinem Amt gezogen sind, sondern, der die Verfassung bricht und sich zum Diktator aufwirft. Man kann Herrn Seldte für die Offenherzigkeit, mit der er sein Ziel enthüllte, nur dankbar sein.

SPD. Von zuverlässiger Seite erfahren wir über die weiteren parlamentarischen Pläne der Hitlerfraktion folgendes :

In der bürgerlichen Presse ist der Ausmarsch der Nationalsozialisten aus dem Reichstag teils als eine von langer Hand vorbereitete Massnahme, teils als eine auf Befehl "von oben her" inszenierte Aktion dargestellt worden; übereinstimmend war und ist man dort der Meinung (und man kargt nicht mit angeblich vorhandenem Beweismaterial für diese These), dass der Exodus der Hitlerfraktion als bewusst durchgeführtes politisches Manöver zu bewerten sei. -

Tatsächlich liegen die Dinge wesentlich anders und - gesehen vom Standpunkt der Fraktionsmehrheit - viel unpolitischer: es handelt sich dabei keineswegs um einen sorgfältig eingeleiteten und durchgeführten und in seinen Wirkungen abgewogenen Vorstoss, sondern um eine spontane Reaktion gegen die Verschärfung der Geschäftsordnung des Reichstages - mit anderen Worten (um mit Dr. Goebbels zu sprechen) um eine "frisch-fröhliche" Reiterattacke, von der jetzt allerdings nur noch der Katzenjammer übrig geblieben ist. -

Noch am Vorabend des 10. Februar, noch während der Nacht vor der entscheidenden Sitzung des Reichstages wusste niemand in der Fraktion, ausser einer kleinen Gruppe, was bevorstand. Hitler selbst hatte sich schon seit einigen Tagen von den politischen Geschäften völlig zurückgezogen, um mit einem Stabe von Künstlern in der Abgeschlossenheit seiner Villa in Berchtesgaden die Entwürfe für die Ausgestaltung des Partei-Palais in München zu bearbeiten.

Der Beschluss zum Ausmarsch der Fraktion erfolgte in den Vormittagsstunden des 10. Februar auf Antrag der Minderheitsgruppe der Hitlerpartei - jener Gruppe, die dem "legalen" Kurs schon immer ablehnend gegenüberstand und seit langem auf die passende Gelegenheit lauerte, um endlich "klare Verhältnisse" zu schaffen. Diesen Zeitpunkt erachtete man jetzt, nachdem die nationalsozialistische Sabotage der Parlamentsarbeit von der Reichstagsmehrheit nieder-

gekämpft worden war, für gekommen. - Unmittelbar vor der Plenarsitzung fand eine Konferenz der Hitlerfraktion statt, bei der unter ausschliesslicher Betonung propagandistischer Gesichtspunkte beantragt und (für die Minderheit überraschenderweise!) einstimmig beschlossen wurde, dass die Fraktion sich aus dem Reichstag zurückzieht.

Hitler selbst wurde erst in den Abendstunden des 10. Februar telephonisch über das Vorgefallene unterrichtet. Er erklärte - nachdem "vollendete Tatsachen nun einmal vorlagen" - nachträglich seine Zustimmung zu der "ausgezeichneten propagandistischen Idee", machte jedoch die schwersten Bedenken geltend dagegen, dass der Reichstagsabgeordnete Stöhr sein Amt als Vizepräsident des Reichstags niedergelegt hatte und die nationalsozialistischen Schriftführer zurückgetreten waren. - Das an ihn gerichtete Ersuchen der Fraktion, sofort nach Berlin zu kommen, lehnte Hitler ab mit dem Hinweis auf seine "intensive Inanspruchnahme durch die unaufschiebbare künstlerische Gestaltung des Parteiheims". - Er ist unabkömmlich wie noch immer zuvor, wenn es galt, Verantwortung zu tragen.

Ueber die weiteren Absichten der Nazis ist vorläufig nur das eine zu sagen, dass die Fraktion zunächst abwarten will, was die Parlamentsmehrheit unternimmt. Zur Zeit sind die juristischen Kapazitäten der Partei mit der Prüfung der Frage beschäftigt, ob der Rücktritt von Stöhr und der nationalsozialistischen Schriftführer mit Erfolg widerrufen werden kann.

Der in einem Berliner Mittagsblatt gemeldete Plan eines nach Weimar zu berufenden "Rumpfparlaments" der Opposition ist im Laufe des Mittwoch-Vormittag von massgebenden Nazis wohl erörtert, keineswegs aber beschlossen worden. Selbst aus den Kreisen der Fraktion wurden erhebliche Bedenken gegen ein solches Vorhaben geltend gemacht.

Es wird überhaupt für die Fraktion sehr schwer, wenn nicht beinahe unmöglich sein, zu einem einheitlichen Vorgehen zu kommen: die schwebenden Verhandlungen mit den Deutschnationalen sind alles andere eher als freundschaftlich und lassen wenig Hoffnung übrig für ein Durchharren der Hugenbergfraktion an der Seite der Nationalsozialisten. Dazu nähern sich die Spannungen zwischen der nationalsozialistischen Fraktionsmehrheit und der "illegalen" Gruppe, die glaubt, trotz ihrer zahlenmässigen und organisatorischen Ueberlegenheit einen bedeutenden innerparteilichen Erfolg über die "Legalen" errungen zu haben.

SPD. Weimar, 11. Februar (Eig. Drahtb.)

Der thüringische Naziminister Frick hat wieder einmal einen Rückzug angetreten. Wieder einmal will er eine Rede anders gehalten haben, als darüber berichtet wurde.

Am 22. Januar 1931 hielt der thüringische Innenminister Frick in Kassel eine Rede, in der er nach Blättermeldungen gesagt haben soll, dass alle Parteien, die den Marxisten Gefolgschaft leisten, die Demokraten, das Zentrum und die Deutsche Volkspartei Organisationen des Untermenschentums seien. Frick soll diese Parteien zugleich des Landesverrats und organisierten Volksbetruges bezichtigt haben. Ueber Professor Kahl von der Deutschen Volkspartei soll er geäussert haben, er sei uralt und könne den Dingen nicht mehr folgen.

Von der Landtagsfraktion der Volkspartei in Thüringen wird uns hierzu geschrieben: "Vor einiger Zeit ging durch die Presse die Mitteilung, wonach Staatsminister Dr. Frick in seiner am 22. Januar in Kassel gehaltenen Rede schwere und beleidigende Angriffe auch gegen unsere Partei gerichtet habe. Auf unsere an ihn gerichtete Anfrage, ob die Pressemitteilungen der Wahrheit entsprächen und ob er diese Äusserung wortgetreu oder sinngemäss getan habe, hat uns Herr Dr. Frick nunmehr geantwortet, dass die Pressemeldungen, soweit sie sich auf bürgerliche Parteien insbesondere auf die Deutsche Volkspartei bezögen, Unsinn und Lüge seien."

SPD. Der Ältestenrat des Reichstages beschloss am Mittwoch, am Donnerstag die durch den Auszug der Nationalsozialisten erforderlich gewordene Neuwahl eines Vizepräsidenten und zweier Schriftführer vorzunehmen. Die in den Ausschüssen freigewordenen Aemter der Vorsitzenden werden von den bereits vorhandenen Stellvertretern übernommen. In Frage kommen der Auswärtige Ausschuss, der Rechtsausschuss, der Ausschuss zur Ueberwachung der Rechte des Reichstages und der Wohnungsausschuss.

Der Ältestenrat beschloss ferner, dass künftig die Berichterstattung aus dem Auswärtigen Ausschuss an das Plenum nur auf die Fälle beschränkt werden soll, in denen das Plenum dem Ausschuss bestimmte Vorschläge überwiesen hat.

SPD. Die Fraktion des Landvolks hat die Abgeordneten Wendhausen, Sybel und Sieber, die den Auszug der Nationalsozialisten mitgemacht haben, ausgeschlossen. Der vierte Landvolkabgeordnete, Haag, der daran teilgenommen hatte, hat sich unterworfen und ist in den Reichstag zurückgekehrt.

SPD. In der Nachtsitzung des Reichstags war Gen. Dittmann zum Präsidenten Löbe aufs Präsidium hinaufgegangen, um mit ihm über eine Frage der Geschäftsordnung zu sprechen. Als er sich wieder auf seinen Platz begeben hatte, trat der kommunistische Abgeordnete Putz an ihn heran, und legte verschiedene 10- und 5 Pfennigstücke auf eine vor Dittmann liegende Zeitung. Dittmann fragte "was soll das?" Putz erwiderte "Hier haben Sie acht Groschen". Dittmann hob die Zeitung hoch und warf damit die darauf liegenden Geldstücke Putz ins Gesicht. Verschiedene Kommunisten schriehen "Achtgroschenjunge". Später sagte Dittmann im Vorbeigehen zu Putz "ich habe Sie bisher für einen anständigen Kerl gehalten. Das kann ich nicht mehr aufrecht erhalten". Putz entgegnete verlegen "Sie haben doch bei Löbe verschiedene Kollegen denunziert". Dittmann erwiderte: "Kein Wort wahr, mit Löbe habe ich über Personen überhaupt nicht gesprochen, lediglich über sachliche Dinge" und liess ihn stehen.

Am anderen Tage bekam Dittmann einen Brief von Putz, in dem er ihn "sehr geehrter Herr Abgeordneter" anredete und mit einem plumpen Dreh versuchte, den Fall aufs nochpolitische Gebiet hinüberzuspielen:

"Sie haben mir heute die acht Groschen, die ich Ihnen als Fraktionsvorbstand für die Handlangerdienste der Sozialdemokratischen Reichstagsfraktion während der Rede des Abgeordneten Bell gab, an den Kopf geschmissen und mich der "Unanständigkeit" geziehen. Mit Ihnen mich über die Frage der "Anständigkeit" oder "Unanständigkeit" einer politischen Kennzeichnung des Verhaltens Ihrer Fraktion auseinanderzusetzen, kann ich mir ersparen...."

Also erst "Achtgroschenjunge" wegen angeblicher persönlicher Denunziation, hinterher wegen angeblicher politischer "Handlangerdienste" der Fraktion Ein anständiger Mensch hätte sich entschuldigt und sein Bedauern ausgesprochen statt mit einer neuen faulen Ausrede zu operieren. Aber politischer Anstand ist bei Kommunisten ein unbekannter Begriff.

SPD. London, 11. Februar (Eig. Drahtb)

In der Palästina-Frage ist zwischen der Regierung und der zionistischen Organisation eine Einigung erzielt worden, über die ein in den nächsten Tagen erscheinendes Weissbuch die Öffentlichkeit unterrichtet wird. Die vorhandenen Streitigkeiten sind durch einen Briefwechsel zwischen MacDonald und Dr. Weizmann beigelegt worden.

SPD. London, 11. Februar (Eig.Drahtb.)

Die englische Presse bezeichnet die vom Reichstag beschlossene Aenderung der parlamentarischen Geschäftsordnung als einen Akt der Notwehr gegen die Obstruktion und gegen das bisherige rowdyhafte Betragen der Opposition. Der "Manchester Guardian" zitiert die Dienstag-Abendausgabe des "Vorwärts" und sagt: "Die Nazis haben im Reichstag ihre Marneschlacht verloren. Sie haben durch ihre Obstruktion nicht nur einzelne Massnahmen verhindert, sondern den Reichstag zu einer unmöglichen Institution machen wollen. Dieser Versuch ist fehlgeschlagen und die Nazis sind entscheidend besiegt worden. Der Auszug aus dem Parlament glich dem Rückzug in der Marneschlacht." Zum Schluss verweist der "Manchester Guardian" auf die in Deutschland von der Sozialdemokratie, dem Reichsbanner und den antifaschistischen Organisationen erfolgreich einsetzende Gegenoffensive und den dabei zutage tretenden Enthusiasmus der Republikaner. Das Blatt ist der Ansicht, dass die Chancen der Nationalsozialisten trotz ihrer Stärke weit ungünstiger geworden seien, als sie vor einem Monat waren.

SPD. Peking, 11. Februar (Eig.Drahtb.)

Erst am Mittwoch wird hier ein Explosionsunglück in den Fushun-Bergwerken (Mandschurei) bekannt, das sich in der Nacht zum Montag ereignete. Zurzeit der Katastrophe waren etwa 3.000 Bergleute in den Gruben, von denen die Mehrzahl noch immer nicht zutage gekommen ist. Es wird befürchtet, dass viele Hundert Arbeiter tot sind.

SPD. London, 11. Februar (Eig.Drahtb.)

Das englische Unterhaus genehmigte in dritter Lesung mit 282 gegen 226 Stimmen den von der Regierung geforderten Kredit von fünf Millionen Pfund Sterling zur Beschaffung von Siedlungsland und zur Anlage von landwirtschaftlichen Mustergütern.

Die Konservativen versuchten vergeblich das Gesetz zu verhindern, das mit den Stimmen der Liberalen und der Arbeiter-Abgeordneten angenommen wurde. Die Regierung will mit der bewilligten Summe u.a. in kürzester Zeit 100.000 neue landwirtschaftliche Betriebe schaffen, auf denen Arbeiter und Landwirtssöhne angesiedelt werden sollen.

Am Mittwoch Abend begann die Debatte über einen konservativen Misstrauensantrag, in dem die Regierung angeklagt wird, sie verschwende Staatsgelder in einer Zeit der grössten wirtschaftlichen Not. Nach der Rede des konservativen Antragstellers erhob sich unter dem stürmischen Beifall der Arbeiterpartei der Finanzminister zur Erwidern. In einer grossen Rede hielt Snowden eine erbarmungslose Abrechnung mit der konservativen Demagogie, was zu den stürmischsten Szenen und Unterbrechungen führte. Snowden begann mit den Worten, es sei eine schamlose Kühnheit, der Arbeiter-Regierung Vorwürfe zu machen, nachdem die Konservativen eine vierjährige beispiellose Verschleuderungs-Politik getrieben und der Arbeiterpartei nichts hinterlassen hätten als Schulden und ein Finanzchaos. Im weiteren Verlauf seiner Rede erklärte der Finanzminister, die finanzielle Lage des Landes sei sehr ernst. Dennoch glaube er, dass das wirtschaftliche Fundament Englands so gesund sei, dass das Land ohne Verletzung seiner wirtschaftlichen Basis aus der Krise glücklich herauskommen werde. Die Rede Snowdens machte einen tiefen Eindruck auf das Haus.

SPD. London, 11. Februar (Eig.Drahtb.)

Die Ausschussberatungen für das neue Gewerkschaftsgesetz haben begonnen. Es liegen zahlreiche liberale Abänderungsanträge vor, die sich mit der Frage des Generalstreiks beschäftigen. Diese Anträge sind auf den entschiedenen Widerstand der Gewerkschaftsvertreter gestossen.

SPD. Duisburg, 11. Februar (Eig. Drahtb.)

Bei der Hütte Ruhrort-Meiderich fand heute die Urabstimmung über die Lohnabbauvorschläge der Werksleitung statt. Von 5 843 stimmberechtigten Arbeitern und 1 027 stimmberechtigten Angestellten stimmten 96 % der Arbeiter und 97,1% der Angestellten ab. Gegen den Vorschlag der Werksleitung stimmten 4 319 Arbeiter und 91 Angestellte, für den Vorschlag stimmten 1 235 Arbeiter und 892 Angestellte.

Da die Abstimmung eine grosse Mehrheit für die Ablehnung der Lohnabbauforderungen ergab und die Werksleitung erklärte, nur bei einer grossen Mehrheit für ihre Vorschläge das Werk in beschränktem Umfange weiterführen zu wollen, muss jetzt mit einer Stillegung der Hütte Ruhrort-Meiderich gerechnet werden. Man glaubt jedoch immer noch an eine neue Wendung. Da die Werksleitung bei der am Dienstag erfolgten Löhnung alle noch ausstehenden Raten für Kartoffel- und Kohlenlieferungen abgezogen hatte, waren eine ganze Anzahl Arbeiter mit 10, 20 und 30 Mark nach Hause gekommen. Um diesen schlechten Eindruck abzuschwächen, hat man am Mittwoch-Nachmittag durch Anschläge der Belegschaft für Anfang März einen Vorschuss angeboten, der später in kleinen Raten abgehalten werden sollte. Auch wollte der Betrieb die Hauszinssteuer für die Werkshäuser übernehmen. Das Abstimmungsergebnis war die richtige Antwort auf diese zweifelhaften Bemühungen.

(Schluss des politischen Teils. - Auf Wiederhören

Donnerstag-Vormittag; 7 Uhr auf Seite 2350)

Reichstags-Stimmungsbild.

SPD. Berlin, 11. Februar (Eig. Bericht)

Die Reichstagssitzung am Mittwoch begann mit der Erklärung eines Streikbrochers der nationalen Opposition. Der Landvolkfürher Abg. Döbrich setzte sich in einer kurzen, aber gepfefferten Erklärung mit den flüchtigen Helden seiner nationalistischen Gesinnungsgenossen auseinander. Er warf den Deutschnationalen vor, dass diese selbst früher Änderungen der Geschäftsordnung entsprechend den heutigen Beschlüssen gefordert hätten. Ausserdem hätten die Nationalsozialisten in Thüringen dieselbe Geschäftsordnung mitgemacht und ausgeführt. Döbrich sagte, dass die ihm treu gebliebenen Mitglieder seiner Fraktion sachliche, nicht grundsätzliche Opposition machen wollten. Auch der fernere Verlauf der Sitzung zeigte, dass die Flucht der Rechtsradikalen keineswegs zu einer langweiligen allgemeinen Übereinstimmung im Reichstag geführt hat. Es wurde mitunter scharf diskutiert, nur die Beschimpfungen und wüsten Unterbrechungen fehlten. Man muss den Kommunisten schon das Kompliment machen, an diesen beiden Tagen gezeigt zu haben, wie sehr die Nationalsozialisten und Deutschnationalen an parlamentarischer Schulung und Zurückhaltung unter dem Niveau der kommunistischen Fraktion stehen. Freilich brachte ihr Redner in dieser aussenpolitischen Debatte viel Unsinn vor. Seine Behauptung, dass der Reichstag von den Nationalsozialisten bis zu den Sozialdemokraten eine Einheitsfront bilde, kann doch wirklich nur mit Gelächter aufgenommen werden. Besser waren seine Hinweise, dass die Nationalsozialisten nicht zuletzt aus Furcht vor einer Stellungnahme zur Aussenpolitik geflohen seien. In der Tat hat ja ihre entschlossene Halbheit gegenüber dem Völkerbund, haben die demütigen Erklärungen Hitlers an französische Chauvinisten, die auch Breitscheid später ironisierte und hat die Ablehnung kommunistischer Anträge gegen Young-Plan und Versailler Vertrag deutlich genug gezeigt, dass die Nationalsozialisten eine sehr schwankende Aussenpolitik betreiben. Wahrscheinlich hat der Kommunist Recht, wenn er sagte, die Nationalsozialisten seien sehr froh, dass sie zu den kommunistischen Anträgen gegen Young-Plan und Versailler Vertrag nicht Farbe zu bekennen brauchten. Die Kommunisten glänzten nun in dem Ruhm, gegenüber den Tribut- und Versklavungsverträgen die nationalsten Deutschen und die leidenschaftlichsten Vertreter eines oppositionellen Nationalismus zu sein. Dass der Kommunist behauptete, Stahlhelm und Reichsbanner seien die schwarze Reichswehr der deutschen Bourgeoisie für den Krieg gegen Russland, grenzt an Irrsinn. Niemand von der russischen Regierung wird im Ernst an einen solchen Unsinn glauben. Der Kommunist sagte das nur, um die Arbeiter seiner Richtung gegen die antifaschistische Organisation des Reichsbanners aufzuputzen.

Zur nationalen Opposition bekannte sich dann noch der Wirtschaftsparteiler Mollath, der Landvolkabgeordnete Hepp und der christlich-soziale Abgeordnete Simpfendörfer. Er hielt eine im ganzen sympathische Rede, indem er die Christen der Welt aufforderte, mit den deutschen Christen gemeinsam gegen die Kriegsschuldfrage und für eine Weltpropaganda gegen den Versailler Vertrag gemeinsame Sache zu machen. Wurde auch von den Sozialdemokraten das Christentum Simpfendörfers als echt empfunden, so riefen einige pharisäerhafte Bemerkungen des Jungdeutschen Abel wiederholt den Einspruch der Sozialdemokraten hervor. Herr Abel vertritt zwar nur sechs Abgeordnete, aber er tritt auf, als hätte er die stärkste Fraktion hinter sich. Als seine Plattheiten nicht die nötige Aufmerksamkeit im Hause fanden, wurde er aggressiv und drohte den Sozialdemokraten und der Mitte mit dem Kündigung der Unterstützung seiner Fraktion an die Reichsregierung. Der Bayerische Volksparteiler Graf Quadt und der Staatspartei Dr. Reinhold sprachen für die Aussenpolitik des Reichsministers Dr. Curtius.

Dann nahm Dr. Breitscheid zu einer Rede das Wort, die sowohl die Regierungsbank wie die lange Reihe der Abgeordneten zur Aufmerksamkeit zwang. Kern seiner Rede war der Hinweis, dass selbst bei gutem französischem Willen die

Entscheidung über die Lösung der Reparationsfrage bei Nordamerika liege. Darum sei es Unsinn, Zwietracht zwischen die europäischen Völker, insbesondere zwischen Deutschland und Frankreich, zu tragen. Nur eine europäische Verständigung könne nicht im feindlichen Sinne, sondern mit dem Ziele des Verhandeln und des Verständigens entsprechenden Einfluss auf Nordamerika gewinnen. Kredite von Frankreich seien keinerlei nationale Gefahr, wenn keine politischen Verbindungen damit verknüpft seien. Hugenberg gehört zu den Flüchtlingen aus dem Reichstag. Deshalb konnte dieser verlogene Politiker in dieser Sitzung zu einer seiner infamen Behauptungen nicht Auge in Auge gestellt werden. Dieser notorische Feind der Wahrheit hat jüngst behauptet, dass die Sozialdemokratie in dunklen Beziehungen zu westlichen Geldmächten stände. Der Mann wurde im Auswärtigen Ausschuss gestellt. Zu feige, sich zu verantworten, schickte er dann hinter verschlossenen Türen seinen Büchsenspanner Dr. Quatz vor. Dieser erklärte grosspurig, seine Fraktion werde in öffentlicher Parlamentsverhandlung dazu Stellung nehmen. Bis jetzt aber haben der Lügner Hugenberg und seine ganze gleichwertige Gesellschaft sich gedrückt. Breitscheid sagte: "Wer solche Behauptungen aufstellt, wie der Abg. Hugenberg, macht sich einer schamlosen Verleumdung schuldig." Der Vorwurf, ein niederträchtiger Verleumder zu sein, bleib also auf Herrn Hugenberg sitzen, wenn er nicht entweder seine Äusserung dementiert oder sie zurücknimmt. Auf beides ist nicht zu rechnen, denn Hugenberg kann nicht anders, als mit Mitteln der Verlogenheit arbeiten. Das zeigt seine ganze Presse. Den Abschluss des Tages bildete eine gedämpft nationale Rede des konservativen Grafen Westarp. Es folgten die Abstimmungen. Der Zentrumsabgeordnete Ersing beantragte, über das deutschnationale Misstrauensvotum gegen den Reichsaussenminister Curtius zur Tagesordnung überzugehen, da die Antragsteller durch ihr Fernbleiben aus dem Hause kundgetan haben, dass sie an ihrem eigenen Antrag kein Interesse haben. Das Haus stimmte dem zu. Der kommunistisch und der Landvolk-Misstrauensantrag gegen den Reichsaussenminister wurde in gemeinsamer namentlicher Abstimmung abgelehnt. Ueber die sonstigen noch vorliegenden Anträge soll morgen abgestimmt werden. Es ist beabsichtigt, über alle nationalsozialistischen und deutschnationalen Anträge durch Uebergang zur Tagesordnung hinwegzugehen, solange diese beiden Fraktionen der Parlamentsarbeit fernbleiben.

SPD. Der Koggenstützungsausschuss vernahm, obwohl über die gleiche Angelegenheit bereits ein Untersuchungsausschuss im Preussischen Landtag getagt hatte dessen Untersuchungsergebnisse vorliegen, eine grosse Anzahl von Zeugen über die Umstände, die zu dem Erwerb der Getreide Industrie und Commission A.G., des sogenannten Scheuer-Konzerns geführt hatten, und über die Frage, ob für die Erwerbung des Konzerns ein zu hoher Preis gezahlt sei, und den Präsidenten der Preussenkasse, Dr. Klepper.

Deutscher Reichstag

3. Sitzung vom 11. Februar 1931.

SPD. Vor Eintritt in die Tagesordnung gibt Abg. Döbrich (Landvolk) für die Fraktion der Landvolkpartei eine Erklärung ab, in der es heisst: Wir protestieren gegen die Angriffe, die gestern von den Nationalsozialisten und von den Deutschnationalen gegen uns gerichtet worden sind. Wir sind weder eine Tributpartei, noch eine Young-Partei. Wir weisen auch mit Entrüstung die gestrigen Aeusserungen des Abg. Dr. Wendhausen (Landvolk) zurück, als ob wir nicht zum wahren Deutschland oder zur nationalen Opposition gehören. (lebh. hört! hört!) In unserer Stellung zur Regierung hat sich nichts geändert. Wir stehen in Opposition zur Regierung, aber nicht in grundsätzlicher, sondern in sachlicher Opposition. Wir wollen im Parlament sachlich für unsere Ziele arbeiten. Darum haben wir auch Änderungen der Geschäftsordnung zugestimmt, wie sie früher von den Deutschnationalen selbst gefordert wurden und wie sie auch im Thüringer Landtag mit Zustimmung der Nationalsozialisten eingeführt sind und durchgeführt werden. (lebh. Hört! Hört! = Rufe.)

Die Aussprache über den Etat des Auswärtigen Amtes wird fortgesetzt. Abg. Stöcker (Komm.) bezeichnet die Erklärungen der Nationalsozialisten und Deutschnationalen als Komödie und Heuchelei. Die Erklärungen könnten nichts daran ändern, dass von den Nationalsozialisten bis zu den Sozialdemokraten die Einheitsfront gehe für die Wiederaufrichtung Deutschlands als Machtstaat, aber auch für die Erfüllungspolitik. Die Nationalsozialisten haben am 29. Oktober den kommunistischen Antrag auf Einstellung der Youngtributzahlungen abgelehnt. Sie haben auch durch die Modifizierung ihrer Anträge gezeigt, dass sie garnicht den Austritt Deutschlands aus dem Völkerbund wollen. Ihr Kündigungsantrag ist lächerlich, er bedeutet nationalsozialistische Völkerbundspolitik auf Stottern. Die Nationalsozialisten haben ihren theatralischen Auszug aus dem Reichstag nur deshalb vollzogen, weil sie sich vor der Notwendigkeit drücken wollen, die Ablehnung der Young-Tribute und den Austritt aus dem Völkerbund zu beschliessen.

Abg. Mollath (W.P.) betont, dass die Verhandlungen des Studienausschusses für europäische Zusammenarbeit von höchster Bedeutung für die gesamte Weltwirtschaft seien. Das hohe Ziel könne allerdings nur erreicht werden, wenn die Gleichberechtigung aller beteiligten Völker sichergestellt sei. Wie berechtigt die Zweifel an der unbedingten Aufrichtigkeit unserer Verhandlungspartner seien, ergebe sich eindeutig aus ihrem Verhalten in der Abrüstungsfrage der Minderheitenfrage und besonders der Reparationsfrage. Die Ergebnisse der vorbereitenden Abrüstungskommission hätten nicht nur schwere Enttäuschung, sondern tiefste Erbitterung in Deutschland ausgelöst. Der Völkerbund sei es sich selbst schuldig, in dieser Frage dem klaren Recht Deutschlands Genugtuung zu verschaffen. Hinsichtlich der Durchführung des Ratsbeschlusses in der Minderheitenfrage durch Polen könne man schwere Befürchtungen nicht unterdrücken.

Abg. Hepp (Landvolk): Ein Teil der nationalen Opposition hat gestern den Reichstagsaal verlassen und damit nach unserer Auffassung das politische Kampffeld geräumt. Wir halten eine derartige Demonstration vor allem aus sachlichen Erwägungen heraus für unbegründet und falsch. Wenn die Deutschnationalen nach dem Auszug der Nationalsozialisten fluchtartig den Saal verlassen und damit die letzten Reste selbständiger Meinungs- und Willensbildung zugunsten einer nationalsozialistischen Führung aufgegeben haben, so ist das ihre Sache. Wir stehen auch in der nationalen Opposition, aber wir sind nicht willens, uns von Herrn Hitler oder Frick die politische Richtung vorschreiben zu lassen, die wir zu gehen haben. Aufklärung müsste darüber geschafft werden, ob die Anerkennung des deutschen Standpunkts in der Minderheitenfrage in Polen durch

den Völkerbundsrat etwa erkaufte worden sei durch ein deutsches Nachgeben in der Abrüstungsfrage.

Aussenminister Dr. Curtius: Ich kann sofort antworten: ich habe keinerlei Zusicherungen gegeben!

Abg. Hepp bedauert in seinen weiteren Ausführungen den Abschluss des deutsch=polnischen Liquidationsabkommens und wendet sich gegen den Abschluss eines deutsch=polnischen Handelsvertrages.

Abg. Simpfendörfer (Christl. Soz.) betont, der Aussenminister habe zwar in Genf den Minderheitenschutz nicht ohne Geschick und Erfolg vertreten, doch seien seine Freunde in der Einschätzung dieses Erfolges sehr skeptisch, denn ein Sieg sei er nicht gewesen. Es sei mehr als zweifelhaft, ob Polen die verlangten Abhilfemassnahmen auch ergreifen werde. Zu begrüßen sei, dass Deutschland den Entwurf der Abrüstungskommission als nicht bindend für Deutschland erklärt habe. Ein Zurückweichen in diesem Punkt würde die deutsche Regierung vor der Geschichte auch niemals verantworten können. Bis zum Zusammentritt der Abrüstungskonferenz müsse die deutsche Regierung die Welt über die wohl= begründeten und berechtigten deutschen Ansprüche und über die Vertragsbrüchigkeit der anderen aufklären. Diese Arbeit sei sofort mit grösster Energie in die Wege zu leiten. Dabei sei natürlich eine Propaganda des Polterns und des Protzens abzulehnen.

Abg. Graf Quadt (Bayr. Volkspt.): Der Völkerbund würde sich selbst das Todesurteil gesprochen haben, wenn er die bestialischen polnischen Exzesse gegen die deutsche Minderheit nicht verurteilt hätte. Bei dieser Zwangslage des Völkerbundsrats haben wir keine Veranlassung, von einem deutschen Siege zu reden. Es hiesse aber geradezu, diesen ersten Anlauf des Völkerbundes zur Pflichterfüllung im Keime ersticken, wenn wir aus diesem Anlass jetzt unsere Zugehörigkeit zum Völkerbund kündigen wollten. (Sehr richtig i. Z. und bei der Bayr. Vp.) Die Ablehnung des Konventionentwurfs für die Abrüstung war eine Selbstverständlichkeit. Deutscherseits muss nachdrücklichst darauf gedrungen werden, dass nun endlich auch die Vorarbeiten für die Abrüstungskonferenz unter dem Gesichtspunkt der gleichen Grundsätze für alle Staaten in Angriff genommen werden. Wir begrüßen es, dass Dr. Curtius das in Genf klar zum Ausdruck gebracht hat. In der Reparationsfrage machen wir eine Abenteuerpolitik ebenso wenig mit wie auf jedem anderen Gebiet. Wir haben das Vertrauen zur Reichsregierung und vor allen Dingen zum Reichskanzler, dass ununterbrochen daran gearbeitet wird, einen Weg zu finden, wie endlich finanzielle Erleichterungen für das deutsche Volk erreicht werden können.

Von der Landvolkpartei ist inzwischen ein Misstrauensantrag gegen den Reichsaussenminister Dr. Curtius eingegangen.

Abg. Dr. Reinhold (Staatspt.): Seit Wochen haben die Deutschnationalen die aussenpolitische Debatte verlangt und jetzt, wo sie da ist, haben sie sich der Beteiligung durch die Flucht entzogen. Gegen ihren Willen haben die Rechtsradikalen der Aussenpolitik einen Dienst erwiesen dadurch, dass sie uns gestern endgültig von dem Alldruck befreiten, dass deutsche Aussenpolitik jemals unter ihren Einfluss getrieben werden könnte. Der Auszug der Rechtsradikalen ist vielleicht dadurch veranlasst worden, dass ihnen der Erfolg des Aussenministers in Genf das Konzept verdorben hat. Mit ihren Methoden würde der Weg zur vollen Gleichberechtigung des deutschen Volkes sehr verlängert werden. Wir begrüßen es, dass der Minister mit aller Klarheit festgestellt hat, dass wir die in Versailles diktierten Ostgrenzen nicht anerkennen können. Wir begrüßen auch seine Zurückweisung der Kriegsschuldfrage. In einem Friedensdiktat kann die Kriegsschuld eines Landes nicht festgestellt werden. Ebenso wenig könnte natürlich die einseitige deutsche Unschuldserklärung geschichtliche Mehrheit schaffen. Das ist Aufgabe der historischen Untersuchung, die

wir in Ruhe abwarten können. Bei den Genfer Verhandlungen im Mai wird die Probe aufs Exempel gemacht werden müssen, ob die moralische Verurteilung Polens durch den Völkerbund sich auch praktisch dahin auswirkt, dass ein konkreter Schutz der deutschen Minderheiten durch dieses Eingreifen des Völkerbundes gesichert wird. Es genügt keineswegs, dass Polen die Erklärung des Völkerbundsrats einfach ad notam nimmt. Alles wird davon abhängen, wie diese Erklärung ausgeführt wird. Wenn wir uns auch niemals mit der in Versailles festgesetzten deutsch-polnischen Grenze abfinden können, so darf uns das nicht hindern, mit unserm polnischen Nachbarn zu einem Verhältnis zu kommen, das eine Regelung unserer Beziehungen in dem von uns erstrebten Sinne ermöglicht.

Abg. Abel (Volksnational): Wir haben vor den letzten Genfer Verhandlungen den Antrag auf Austritt Deutschlands aus dem Völkerbund gestellt. Wer jetzt nach der Völkerbundsaktion gegen den polnischen Terror diesen Antrag stellt, der handelt unklug, denn wir würden bei Annahme eines solchen Antrags die gesamte öffentliche Meinung der Welt gegen uns haben. Abg. Abel schliesst, seine Freunde würden ihre endgültige Haltung abhängig machen davon, ob der Aussenminister noch weitere Erklärungen abgibt.

Abg. Dr. Breitscheid (Soz.):

Was Herr Abel gesagt hat, hat so wenig an positiven Vorschlägen und neuen Wegen gebracht, dass keine Veranlassung besteht, sich damit auseinanderzusetzen. (Sehr wahr! bei der Mehrheit) Er hat u. a. behauptet, wir würden nervös wenn wir nur das Wort Christentum hören. Wir haben ihn nur gefragt, welches Volk nach seiner Ueberzeugung das christlichste Volk der Welt wäre, denn alle Nationen mit Ausnahme der russischen stellen sich als allerchristlichste hin. Schliesslich ist der Wagen, auf dem Herr Abel in den Reichstag hereingefahren wurde, wohl auch kein rein christlicher gewesen. (Heiterkeit)

Es ist jetzt sozusagen grosse politische Mode, neue Wege der Aussenpolitik zu fordern, zu suchen und zu skizzieren. Und da die äussere Politik ähnlich wie die Heilkunde ein Feld ist, auf dem sich der krasseste Delittantismus mit Vorliebe tummelt, sind der Neuerer und der Reformatoren meist sehr viele. Dabei betätigt sich gewöhnlich die Phantasie mehr, als die realistische Betrachtung. Die einen erklären, in den letzten 10 Jahren wäre alles falsch gemacht worden, und alles Elend sei aus Feigheit oder verräterischer Gesinnung geboren. Die anderen, die Wohlwollenderen, sagen, es sei eine neue Zeit angebrochen, die die Anwendung eines neuen Systems erfordere. Es wäre gewiss nicht richtig, in falsch angewendetem Konservatismus eine grundsätzliche Diskussion über einen Wechsel der Methode abzulehnen, soll aber eine solche Aussprache fruchtbar sein, so doch über das Ziel der auswärtigen Politik einig sein kann. Unser Ziel, das wir verfolgt haben, seitdem das neue deutsche Reich besteht, ist ein auf voller Gleichberechtigung beruhendes Zusammenleben der Nationen, die verpflichtet und entschlossen sind, zwischen ihnen ausbrechende Verwicklungen nicht mit den Waffen, sondern friedlich auszutragen und die gleichzeitig von der Ueberzeugung durchdrungen sind, dass das Zusammenleben auch Zusammenarbeiten auf politischem und wirtschaftlichem Gebiet bedeutet. Dabei ist es natürlich für uns alle in diesem Hause eine der wesentlichsten Aufgaben, für Deutschland die Gleichberechtigung zu erkämpfen und jene Schranken zu beseitigen, die der Gleichberechtigung durch die Versailler Friedensbestimmungen gezogen worden sind. Um dieses Ziel zu erreichen, haben wir den Weg der Verständigung beschritten, - einen Weg, der oft eine sehr dornvolle Strasse gewesen ist. Dieser Weg führte uns von der Unterzeichnung in Versailles über die Unterzeichnung des Dawes-Abkommens, über Locarno und den Eintritt in den Völkerbund zur Annahme des Youngplans. Mit hämischen Unterton haben die Gegner dieses System als Erfüllungspolitik bezeichnet. Wir waren immer bereit, diese Bezeichnung aufzunehmen, betonen aber, dass der letz-

te Beweggrund für diese Erfüllungspolitik war, Deutschland und dem deutschen Volk das Vorwärtskommen zu ermöglichen und gleichzeitig die Bahn für die Erkenntnis zu eröffnen, dass die Politik der Siegermächte nicht nur Deutschland, sondern die gesamte Welt schädigt, dass sie vor allem das Wirtschaftsgefüge der Welt in eine gefährliche Unordnung gebracht hat und weiter zu bringen droht. Ich glaube, wir dürfen uns schmeicheln, dass diese Politik, die auf eine Verbesserung der Erkenntnis gerichtet war, gerade in der letzten Zeit Erfolge erzielt hat. Man braucht nur an die Diskussion zu denken, die jetzt international über die deutsche Reparationslast geführt wird und mehr und mehr die Ueberzeugung hervorruft, dass dieses Reparationssystem eine Belastung nicht nur für das deutsche Volk, sondern für die ganze Welt bedeutet, nämlich eine gewaltige Fehlleitung des Kapitals, die gerade in einer Zeit wirtschaftlicher Weltkrisis sich besonders fühlbar machen muss. Jedenfalls kommen wir mit dieser Politik sehr viel weiter, als wenn man den Kommunisten Antrag folgend, die Reichsregierung auffordern wollte, die Youngzahlungen sofort einzustellen. Jeder Vernünftige weiss, dass eine solche Zahlungseinstellung der deutschen Wirtschaft alle ausländischen Kredite sofort sperren würde. Da man auf Geld ja nicht vollständig verzichten kann, würde dann nur die Methode bleiben, die die NS unter der Führung des Herrn Feder vorschlagen (Heiterkeit). Ich fürchte nur, dass die Katastrophe sehr viel verhängnisvoller sein würde, als das, was wir unter der Zahlung der Reparation zu leiden haben. (Sehr wahr!)

Mit Genugtuung haben wir die Erklärung des Reichskanzlers begrüsst, dass die Regierung den Zeitpunkt für ein Vorgehen in der Reparationsfrage sich nicht durch irgendwelche Rücksicht auf Popularitätshascherei vorschreiben lassen wird. Wir erwarten, dass die Regierung diesen Zeitpunkt mit Vorsicht und Umsicht wählt und sind im Gegensatz zu Herrn Abel der Ueberzeugung, dass eine der wesentlichsten Voraussetzungen für eine Intervention in der Reparationsfrage ist, dass man die Finanzwirtschaft im eigenen Lande in Ordnung gebracht hat. Ein Beweis dafür, dass wir durch unsere Aussenpolitik ein besseres Verständnis für die internationalen Schwierigkeiten der Reparationsfrage aufgebracht haben, ist der Vorschlag des Franzosen Graf d'Ormesson. Diesem Vorschlag gegenüber bin ich noch etwas optimistischer, als Dr. Kaas; der Franzose steht weltanschaulich dem Zentrum näher, als uns. Sein Vorschlag ist mindestens eine sehr wertvolle Diskussionsbasis - nicht mehr, denn es passiert bei solchen Dingen nur selten, dass etwas von vornherein schon Annehmbares vorgeschlagen wird. Ich weiss nicht, welchen Einfluss dieser Franzose und wieviel Menschen in Frankreich er hinter sich hat. Aber das für diese Idee eine Hilfeleistung Frankreichs für Deutschland, wie für jeden Weg zur Verständigung bei der Völker und zur Erleichterung der deutschen Lasten mindestens die französischen Sozialisten zu haben sein werden, die das bei jeder Gelegenheit bewiesen haben. Wesentlich aber ist schliesslich nicht allein, was man in Frankreich tut, sondern in letzter Linie der Wille der Vereinigten Staaten von Amerika. (Sehr richtig!) Es ist nichts verfehlter, als wenn unsere Nationalisten fortgesetzt Konflikte zwischen den europäischen Staaten heraufbeschwören wollen in einem Augenblick, wo diese sich gegenüber Amerika einigen müssten, nicht im feindlichen Sinne, sondern um die Vereinigten Staaten von dem für Europa Notwendigen zu überzeugen. Ich weiss nicht, woher Abg. Abel die Ermächtigung genommen hat, im Namen des amerikanischen Präsidenten und Senats die bestimmte Versicherung abzugeben, dass USA auf ihren Forderungen bestehen. Ich glaube er überschätzt nicht nur seinen Einfluss als "nationale Opposition", sondern auch seine Kenntnis! (Heiterkeit)

Die NS befinden sich auch hier wieder in einer merkwürdigen Gemeinschaft mit den französischen Nationalisten, die unter der Führung der Abgeordneten Franklin-Bouillon und Mandel einen Feldzug dagegen eröffnen, dass man franzö=

sisches Geld nach Deutschland gebe, Frankreich also Deutschland helfe. Es gibt eigentlich nichts Internationaleres, als den Nationalismus; der eine führt dem anderen den Wind in die Segel, und ~~der~~ andere dem einen das Wasser auf die Mühle (Sehr gut!)

Wollen wir zur Verständigung in Europa kommen, so muss bei der deutsch-französischen Verständigung angefangen werden. Wir Sozialdemokraten haben das von allem Anfang vertreten, selbst auf die Gefahr hin, dass wir deshalb besondere Franzosenfreundschaft oder auch des Landesverrats beschuldigt werden.

In der jüngsten Sitzung des Auswärtigen Ausschusses haben wir von Herrn Hugenberg nähere Auskunft über seine Behauptung im Sportpalast verlangt, dass nämlich wir Sozialdemokraten dunkle Beziehungen zu gewissen westlichen Geldmächten hätten. Hugenberg hat nicht geantwortet und nur sein Büchsenspanner Dr. Quaatz (Heiterkeit) hat gesagt, diese wichtige Sache werde man nicht im Ausschuss, sondern hier im Plenum erörtern. Wir wundern uns nun, dass die Deutschnationalen jetzt die Gelegenheit versäumen, uns vor dem Volk zu entlarven und uns dunkler Beziehungen zu Frankreich oder anderen westlichen Geldmächten zu überführen. Der Ankläger ist nicht erschienen, die Angeklagten erklären: Wer eine solche Behauptung aufstellt, macht sich damit einer schamhaften Verleumdung schuldig. (Lebh. Beifall der Soz.)

Als einen neuen Weg für die Ostpolitik hat Herr v. Seeckt in einem Vortrag zu Münster den Austritt aus dem Völkerbund bezeichnet. Wenn Herr v. Seeckt dabei acht Tage nach den Genfer Verhandlungen gesagt hat, dass der deutsche Aussenminister im Völkerbund unvermeidlich nur Niederlagen und Fehlschläge erleiden könne, so erscheint mir das nicht als eine politisch, taktisch und strategisch sehr glückliche Wendung, Kann irgend jemand im Ernst heute annehmen, dass Deutschland ausserhalb des Völkerbundes mehr erreichen würde, als in ihm?

Abg. Graf von Westarp (Kons.) lehnt einen Zusammenschluss europäischer Staaten, der lediglich die Grundlage des Versailler Vertrages aufrecht erhalten solle, ab. Ohne Beseitigung des Versailler Diktats bleibe die Sicherheit nicht nur Deutschlands, sondern auch aller anderen europäischen Länder gefährdet. In der Abrüstungsfrage müsse der deutsche Standpunkt unbedingt klarer und entschiedener herausgearbeitet werden. Zum Schluss fordert der Redner unverzügliche grundlegende Aenderung der Tribulast ohne Rücksicht auf weitere innerpolitische Massnahmen und lehnt neue Auslandskredite ab.

Damit schliesst die Aussprache. Mit grosser Mehrheit wird darauf Uebergang zur Tagesordnung über die deutschnationalen und nationalsozialistischen Misstrauensanträge beschlossen.

In namentlicher Abstimmung wird dann der vom Landvolk und von den Kommunisten eingebrachte Misstrauensantrag gegen den Aussenminister Dr. Curtius mit 255 gegen 87 Stimmen bei 29 Stimmenthaltungen abgelehnt.

Gegen 9 Uhr vertagt sich das Haus auf Donnerstag 3 Uhr. Auf der Tagesordnung steht die Ersatzwahl für den früheren Vizepräsidenten Stöhr, die Abstimmung über die Anträge zur Aussenpolitik und der Etat des Wirtschaftsministeriums.

Ann. f. d. Red.: Im Reichstagsbericht, Blatt 3, dritter Absatz, 17. Zeile von unten muss es heissen: ...fruchtbar sein, so muss man sofort Klarheit schaffen, ob man, wenn nicht über den Weg, so doch über das Ziel der auswärtigen Politik einig sein kann.....

Aus aller Welt

Roms "Gegnerin" entdeckt!

Eine Rutengängerin findet eine verschollene Stadt - Das Mädchen vom Lande als Stütze der Wissenschaft.

SPD. Rom, Anfang Februar (Fig. Ber.)

Die etruskische Stadt Capena, die grosse antike Gegnerin Roms, ist entdeckt! Italien hat eine neue Sensation - diesmal keine unsympathische. Freilich ist das Ereignis nicht auf die rätselhaften Fähigkeiten einer Hellseherin zurückzuführen, wie anfangs falsche Berichte meldeten. In Wirklichkeit ist die Entdeckung Capenas vielmehr einer tüchtigen Rutengängerin, einem einfachen Landmädchen, zu verdanken. Der römische Berichterstatter des "Soz. Pressedienst" hatte Gelegenheit, einem ihrer Experimente beizuwohnen.

Ein See kommt und geht...

Eines Tages fuhren wir nach dem Dorf Leprignano hinaus, das etwa 30 Kilometer von Rom entfernt, in der Nähe des vielbesungenen Berges Soracte, liegt. Dort hatte sich vor kurzem ganz plötzlich ein merkwürdiger See gebildet. Nur so viel wusste man, dass er nicht auf vulkanische Art entstanden war. Plötzlich war er da, verschwand dann wieder und tauchte bald aufs neue auf. Die Vermutung erwies sich als richtig, dass sich der See dadurch gebildet hatte, dass Gasausströmungen den Erdboden zum Einsturz gebracht hatten. Gasausströmungen liessen aber hinwiederum auf das Vorhandensein von Petroleumquellen schliessen. Signorina Mattaloni - dies ist der Name der Rutengängerin - glaubte also bei Anwendung ihrer "Rutenkunst" hier Petroleum zu finden. Sie hatte anderes entdecken sollen...

Das siderische Pendel führt.

Unterwegs erzählte uns Signorina Mattaloni von ihrer Kunst. Die wesentlichste Anregung verdanke sie dem früheren Fliegerleutnant Cattoi, einem begeisterten Patrioten, der sich mit ihr verbunden habe, um seinem Vaterlande nach seiner Meinung im italienischen Boden vorhandene Schätze an Petroleum, Erzen und Mineralien nutzbar zu machen. Signorina Mattaloni berichtete, dass sie eine besondere Empfindsamkeit für jene Strahlungen besitze, die nach Berechnungen deutscher Gelehrter in bestimmten Brechungen von den unter der Erde verborgenen Metallen oder Mineralien ausgehen. Diese Strahlungen würden sich bei in der Erde gegebener Gelegenheit auf das sogenannte "siderische Pendel" übertragen, d. h. auf die Rute oder den Zweig, wie man sie gewöhnlich beim Rutenangang in der Hand zu tragen pflege, damit der Pendelausschlag sogleich sichtbar werde. Statt des gesuchten Petroleums habe sie aber vor einigen Wochen eine ganze antike Stadt entdeckt: das alte Capena!

Eine Marmorstrasse.

Die Rutengängerin hatte nämlich bei einem Gang über das hügelige Gelände festgestellt, dass sich hier und dort Ausstrahlungen von bestimmten Metallen ergaben, einmal von Gold, dann von Kupfer, Bronze usw. An den genau von ihr bezeichneten Stellen wurde in der angegebenen Tiefe nachgegraben. So entdeckte man eine Marmorstrasse, eine Reihe von Etruskergräbern mit Goldgefässen, Bronzegeräten und kostbaren Vasen und vieles andere. Der Direktor der römischen Altertümerverwaltung war gleich nach den ersten Proben gescheit genug, sich die junge Dame auch amtlich zu sichern und in Staatsdienst zu nehmen. So wurde zunächst der ganze Plan der antiken Stadt Capena umzirkelt. Und nun beginnen in diesen Tagen die eigentlichen Ausgrabungen.

Der tanzende Leib.

Mittlerweile waren wir an Ort und Stelle angelangt. Wir sahen, wie Signorina Mattaloni vor unseren Augen ihren Rutengang begann. Plötzlich wurde sie von Zuckungen befallen. Der gegabelte Oelbaumzweig, den sie gerade von den silbernen schimmernden Olivenbäumen abgerissen hatte, begann einen Tanz in bestimmten Kurven. Der Leib der jungen Frau tanzte gleichsam mit. An der Stelle der stärksten Strahlungen, respektive Zuckungen, wurde ein Fähnchen eingesteckt. Sofort begann das Ausschlagen. Indes ging die Suche weiter. Das Spiel mit dem Pendel wiederholte sich. So wurde eine ganze Reihe von Stellen abgesteckt, wo sich nach den Angaben der jungen Frau Etruskergräber mit vergrabenen Kostbarkeiten befinden mussten. Als die erste Ausgrabung beendet war, fand man die Angaben den Rutengängerin bestätigt: In einem unzweifelhaften Etruskergrab wurden Bronzegeräte und Vasen gefunden. Dann wurde auch an den anderen Stellen nachgegraben - alles stimmte.

Ins Tal der Könige!

So wird eine junge Frau, die nach aussen weder aussergewöhnlich klug noch besonders empfindsam erscheint, sondern vielmehr den Typ einer einfachen und robusten Landjungfer darstellt, zur wichtigsten Mitarbeiterin der gelehrtesten archäologischen Wissenschaftler. Bald soll Signorina Mattaloni zu den Ausgrabungen in Pompeji herangezogen werden. Und wenn diese beendet sind, soll sie bei den Ausgrabungen im Tal der Könige in Aegypten mithelfen. Schon ist der Ruf der ägyptischen Regierung an die junge Italienerin ergangen. Sicher kann die Welt noch allerlei Ueberraschungen durch ihre Begabung erwarten.

+ + +

Funk vom Vatikan. Am Tag der Papstkrönung, am 12. Februar, 4 Uhr 30 nachmittags die neue vatikanische Radiostation eingeweiht. Sie ist unter den Radiostationen der Welt unter dem Rufzeichen NOW HOY eingegliedert. NOW HOY bedeutet nunmehr "Vatikanische Stadt". Gefunkt werden wird nach dem System der Marckonischen Kurzwellen. Auf Längen von 10,26 und 50 Metern. Senator Marconi, der die Radiostation einrichtete und ihren Direktor, den Pater Gianfranceschi, in die Geheimnisse der Radiotechnik einweihte, hat bei den ersten Probesendungen und empfangen die besten Erfolge erzielt. Bald wird man die grossen Pastmessen aus der Peterskirche, Konzerte mit heiliger Musik und wohl auch das predigende Wort des Papstes in der ganzen Welt vernehmen. Bei der Eröffnungsfeier, deren Uebertragung auf verschiedene deutsche Sender beabsichtigt ist, werden der Papst und Marconi Ansprachen halten.

+ + +

Rauschgift als Arbeitslohn. Auf eigenartige Arbeitsverhältnisse ist eine Patrouille der mit der Recherche nach narkotischen Mitteln betrauten Polizei bei einer Flusstransportgesellschaft in Kairo gestossen. "wei mit der Auszahlung der Löhne beauftragte Vorarbeiter hatten ein eigenartiges Trucksystem eingeführt. Anstatt baren Geldes erhielten die Arbeiter trockenes Brot, einige Zigaretten und vier Päckchen Heroin den Tag. Bei der Untersuchung des Betriebes fand die Polizei eine ganze Kollektion dieser eigenartigen Lohngegenstände gebrauchsfertig vor. Ausser den beiden geschäftstüchtigen Vertrauensleuten wurden elf Arbeiter verhaftet, die bereits derart mit dem Gift verseucht waren, dass sie in das Polizeilazarett für Rauschgiftopfer gebracht werden mussten.

+ + +

Aufgefundene Haarmann=Opfer? Bei Erdauflockerungsarbeiten am Rande des Hannoverschen Stadtwaldes, der Lilienriede, wurden unweit des Waldensee=Denkmals von Notstandsarbeitern Teile von sieben verschiedenen Menschenschädeln und einige Arm- und Beinknochen gefunden. Die Knochen lagen etwa 35 Zentimeter unter der Erde. Nach dem Urteil des Sachverständigen haben die Knochenteile eine Reihe von Jahren in der Erde gelegen. Die Polizei vermutet, dass sie von den Haarmann=Opfern herrühren.

+ + +

26 Dampfer eingefroren! Durch die Kälte der letzten Tage sind die Eisverhältnisse im Finnischen Meerbusen für die Schifffahrt gefahrdrohend geworden. So sind bereits 26 skandinavische Dampfer eingefroren. Vermutlich werden russische Eisbrecher zur Hilfeleistung ausfahren.

+ + +

Attentat in Wien. Am Mittwoch wurde in der Wiener tschechischen Gesandtschaft von einem beschäftigungslosen Kaufmann namens Gottlieb Zetka ein Attentat auf den tschechischen Legationsrat Zajacek verübt. Der Attentäter feuerte auf den Legationsrat drei Revolverschüsse ab und verletzte ihn so schwer, dass er vermutlich ein Auge verlieren dürfte. Es scheint sich um ein typisches Querulantenverbrechen zu handeln. Zetka, der bereits früher einmal im Irrenhaus war, will sich dadurch gereizt gefühlt haben, dass sich der tschechische Staat nicht einer von ihm wegen eines missglückten Auslandsgeschäftes eingereichten Schadenersatzklage angenommen habe.

+ + +

Türkisches Kommunisten-Urteil. Vom Strafgericht Stambul wurden 16 Personen, darunter drei Frauen, wegen kommunistischer Propaganda zu zwei bzw. einem Jahr Gefängnis verurteilt.

+ + +

Opfer der Arbeit. Auf der Zeche Mont Cenis in Herne (Westfalen) brach infolge einer Fehlstelle im Gerüstholz ein Anstreichergerüst zusammen. Drei Anstreicher stürzten ab: zwei waren sofort tot, der Dritte wurde schwer verletzt.

+ + +

Schiffsdrama. Auf dem norwegischen Dampfer "Nivaried", der am Mittwoch früh in Baltimore einlief, ist wenige Stunden vor der Ankunft im amerikanischen Hafen der Kapitän plötzlich wahnsinnig geworden. Er bedrohte die Besatzung und verwundete den ersten und zweiten Offizier. Nur mit Mühe war es möglich, den Wahnsinnigen zu überwältigen und in Eisen zu legen.

+ + +

136 000 Mark unterschlagen! Die evangelisch-lutherische und evangelisch-unierte Kirchengemeinde in Frankfurt/Main sind durch den Frankfurter Kaufmann Friedrich Nagel seit dem Jahre 1925 um 136 000 Mark betrogen worden. Der Defraudant, dessen Verhaftung in kürzester Frist zu erwarten ist, hat seine Unterschlagungen zugegeben. Als Vorsitzender der Fraktion der Deutschnationalen Volkspartei im Frankfurter Stadtparlament und Mitglied einer Reihe von Ehrenausschüssen genoss Nagel bisher das grösste Vertrauen rechtsbürgerlicher Kreise.

+ + +

Billiges Hammelfleisch. Auf tragikomische Weise ist ein anatolischer Landwirt um 10 000 türkische Pfund betrogen worden. Um diese Summe hatte ihm ein Fremder 500 Hammel abgekauft und mit zehn angeblichen Tausendpfundscheinen bezahlt. Als der Bauer das Geld in der nächsten Stadt wechseln wollte, erfuhr er zu seinem Leid, dass ihn der inzwischen längst verschwundene Betrüger mit alten wertlosen österreichischen Tausendkronenscheinen bezahlt hatte.

+ + +

Seltsamer Kindesraub. Ein merkwürdiger Kindesraub wurde am helllichten Tage in Paris verübt. Ein Mädchen, das mit ihren neugeborenen Zwillingen das Hospital verliess, wurde von einer jungen eleganten Dame angesprochen, die sich erbot, eins der beiden Kinder zu tragen. Das Mädchen war einverstanden. Aber als es mit einem Kind auf dem Arm eine Apotheke betrat, um einen Einkauf zu machen, rief die Fremde, die das andere Kind trug, eine Autodroschke heran und fuhr davon. Man hat bisher nicht die geringste Spur von der Kindesräuberin gefunden.

Gewerkschaftliche Rundschau ✘

Unterminierung des Tarifwesens.

Versuchsballons für Notverordnungen.

SPD. Die Schwerindustrie lässt nicht locker in ihrem Bohren und Wühlen gegen die Fundamente des Tarifwesens. Kein Wunder wenn in der bürgerlichen Presse immer wieder Stimmen auftauchen, die in irgendeiner Form für Fristverkürzung der Tarife eintreten. Man fordert "Elastizität" des Tarifs, weil - vor allem der Eisenindustrie Nordwest es nicht in ihren Kram passt, dass die Tariflöhne noch bis Ende September festliegen. Man spricht bereits von der Möglichkeit einer neuen Notverordnung, da angesichts der Haltung der Gewerkschaften und im Hinblick auf die schwierige innerpolitische Lage wohl kaum eine gesetzliche Abänderung der Tarif- und Schlichtungsordnung möglich sei. Man deutet in diesem Zusammenhang auch auf die Frage der Arbeitszeitverkürzung hin, und im "Berliner Tageblatt" wird bereits mit ziemlicher Bestimmtheit behauptet, dass sowohl in der Frage der Fristverkürzung der Tarife wie der Arbeitszeitverkürzung schon die nächsten Wochen eine Entscheidung bringen würden, die von noch grösserer grundsätzlicher arbeitsrechtlicher Bedeutung sein würde als die erste Schlichtungsnotverordnung vom Anfang Januar.

Arbeitszeitverkürzung und Fristverkürzung der Tarife - warum beides miteinander verkoppeln? Die Arbeitszeitverkürzung ist eine Notwendigkeit, sie muss und wird kommen. Die Fünftage-Woche ist heute, schon infolge der Rationalisierung, ein internationales Problem geworden. Sie marschiert in Amerika und wird sich auch in Europa durchsetzen. In der Frage der Arbeitsstreckung durch Arbeitszeitverkürzung ist ja im Laufe der letzten Monate, nachdem im Anfang die Mahnungen der Gewerkschaften in den Wind geschlagen worden waren, aus so manchem Saulus ein Paulus geworden. Ganz anders steht es mit der Aufhebung der Tarifverträge durch Aufhebung ihrer Lauffrist. Mit dem Ruf "Chaos oder Elastizität?" will man die Arbeiterschaft einschüchtern. Die Gewerkschaften haben deutlich abgewinkt und deshalb soll den Arbeitern jetzt noch einmal ganz besonders eingeheizt werden. Die Eisenindustrie Nordwest hat auch im Fall von Meiderich-Ruhrort bereits drastisch genug gezeigt, dass sie sich ausgezeichnet auf die Einschüchterungstaktik versteht. Sie zieht jetzt alle Register und droht, dass die Feierschichten in den Hochofen-, Stahl- und Walzwerken weiter zunehmen. Sie malt den Teufel eines regellosen Lohnabbaus an die Wand, der das Tarifwesen völlig aushöhle und lässt dann treuherzig in der ihr wohlwollenden Presse anstelle einer irregulären eine reguläre Neuordnung der Tarife empfehlen.

All ihre harmlos klingenden Beteuerungen und Versicherungen ändern aber nichts an der Tatsache, dass eine gewaltsame Verkürzung der Lauffrist der Tarife unter dem Druck des Arbeitgebertums per Notverordnung eine Erschütterung der Vertragstreue bedeuten muss. Wo soll es hinführen, wenn Tarifverträge stets aufgehoben werden, sobald irgendetwas einem der beiden Vertragspartner nicht passt. Die Schwerindustrie jammert jetzt über die lange Laufdauer des Tarifs. Sie selbst hat diese lange Laufdauer unter heftigen Angriffen auf die Gewerkschaften, die angeblich der Industrie jede Kalkulation unmöglich machen, gefordert und erzwungen. Sie hat sich selbst im Eisen gefangen. Sie war es, die so lange gedrängt und getrieben hat, bis durch das Reichsarbeitsgericht die früher wenigstens bis zu einem gewissen Grad vorhandene Elastizi-

tät im Tarifvertragswesen beseitigt wurde. Sie hat gegen den Eingriff in einen laufenden Tarif förmlich Himmel und Hölle in Bewegung gesetzt und nicht geruht, bis durch das Reichsarbeitsgericht mehr als notwendig in der Eingriffsfrage jede Bewegungsfreiheit verbaut war, genau so, wie sie bei ihrem Kampf gegen den Einmannschiedsspruch das Schlichtungswesen starr und zum Teil aktionsunfähig gemacht hat.

Die Schwerindustrie war es, die zusammen mit allen Scharfmachern keinen Eingriff behördlicher Stellen wollte. Jetzt ruft sie danach. Jetzt will sie, dass der von ihr geschürzte Knoten von oben her gewaltsam mit dem Schwert einer Notverordnung oder eines Gesetzes durchhauen wird. Wer andern eine Grube gräbt....

SPD. Die gegenwärtige Wirtschaftskrise, die in Deutschland fast 5 Millionen Menschen aus dem Produktionsprozess ausgeschaltet hat, wirkt sich vor allem im Baugewerbe katastrophal aus. Da die Finanzpolitik der Reichsregierung dem Wohnungsbau weitere Mittel entzieht, wird die Bautätigkeit dies Jahr abermals eine bedenkliche Verschlechterung erfahren. Ueber die Folgen der Katastrophe auf dem Baumarkt für die Bauarbeiter wird uns aus dem freigewerkschaftlichen Zimmererverband geschrieben:

"Im Monatsdurchschnitt des Jahres 1930 waren von den 1 890 000 Beschäftigten des Bau- und Baunebengewerbes nach den Ermittlungen der Gewerkschaften über 50% der organisierten Arbeiter ohne Beschäftigung. Wenn man von der Annahme ausgeht, dass die Erwerbslosigkeit bei den Unorganisierten genau so gross ist wie bei den Gewerkschaftsmitgliedern, so kann man leicht errechnen, welcher ungeheure Ausfall an Arbeitsverdienst von den Arbeitern des Baugewerbes getragen werden musste. Die erwähnten 1 890 000 Arbeiter des Bau- und Baunebengewerbes können an 300 Arbeitstagen im Jahre rund 567 Millionen Tagewerke Arbeit leisten. Infolge der Wirtschaftskrise des Jahres 1930 konnten auch nur 50% der bei voller Beschäftigung möglichen Tagewerke, also nur rund 280 Millionen Tagewerke Bauarbeit geleistet werden. Erschreckend ist es, festzustellen, dass im Jahre 1930 rund 280 Millionen Tagewerke in einer der wichtigsten Schlüsselindustrien, im Baugewerbe, verlorengehen mussten. In keinem andern Industriezweig kann man etwas ähnliches feststellen.

Wie das Baugewerbe kürzlich mitteilte, sind im Monatsdurchschnitt der letzten sieben Jahre rund 25% aller im Bau- und Baunebengewerbe Beschäftigten arbeitslos gewesen. Bei Berechnungen auf der oben erwähnten Grundlage ergibt sich ein Arbeitsausfall von durchschnittlich 140 Millionen Tagewerke in den letzten sieben Jahren. Man braucht einige Zeit, um die ganze Tragik, die in diesen Zahlen zum Ausdruck kommt, zu begreifen. In diesem Zusammenhang darf man nicht unerwähnt lassen, dass die Bauarbeiter mit ihren Familienangehörigen rund 6 Millionen Menschen oder ungefähr 10% der Gesamtbevölkerung Deutschlands darstellen.

Angesichts dieser trostlosen Lage ist es dringend notwendig, dass alle in Frage kommenden behördlichen Stellen nach Mitteln und Wegen suchen, um die bevorstehende Katastrophe abzuwenden. Es ist erforderlich, dass dem Baugewerbe grössere Mittel zur Verfügung gestellt werden, denn gerade das Baugewerbe ist wie keine andere Industrie geeignet, Hunderttausenden Erwerbsmöglichkeiten zu geben."

SPD. Nach einer Meldung aus Lens scheint die Arbeitslosigkeit in den französischen Kohlengruben weiter um sich zu greifen. In Courrieres sind am Mittwoch vier Zechen geschlossen worden, vier weitere sollen am Donnerstag das gleiche Schicksal erfahren, und einige andere am Freitag die Tore schliessen.

Wie in einer Versammlung der Bergarbeiter festgestellt wurde, hätte es nicht zur Schliessung kommen brauchen, wenn die Grubenbesitzer einige Opfer gebracht und die amtlichen Stellen rechtzeitig eingegriffen hätten.

Die organisierten Bergarbeiter werden am 14. Februar zusammentreten, um über die sich mehr und mehr verschärfende Lage im Grubenrevier zu beraten.

SPD. Die kommunistische Presse bringt fast täglich aufgebauschte Berichte, wonach zahlreiche Mitglieder und ganze Zahlstellen des alten Bergarbeiterverbandes zu dem kommunistischen "Einheitsverband" übergetreten sein sollen. Diese Meldungen sind unwahr. Wie in einer dieser Tage stattgefundenen Konferenz der Geschäftsstellenleiter des Bergarbeiterverbandes festgestellt werden konnte, sind in den meisten Geschäftsstellen des Ruhrgebietes in letzter Zeit keine Austritte aus dem Verbandsverbande erfolgt, und wo wirklich Austritte vorkamen, handelt es sich nur um vereinzelte kommunistische Anhänger. Die Zahl dieser Flüchtigen ist jedoch so gering, dass sie absolut nicht ins Gewicht fällt. Da der Bergarbeiterverband im Ruhrgebiet in den letzten Wochen zahlreiche Neuaufnahmen zu verzeichnen hatte, wird trotz der Hetze der KPD seine Mitgliederziffer auch in diesem Quartal steigen.

Völlig unwahr und irreführend sind die Meldungen der Kommunisten, wonach langjährige Mitglieder und Jubilare aus dem Verband ausgetreten sind. Von den bisher in der kommunistischen Ruhrpresse sämtlich aufgezahlten Ueberläufern kann, wie auf der Konferenz festgestellt wurde, nur ein einziger auf eine langjährige Mitgliedschaft zurückblicken.

Die Mitglieder des neuen kommunistischen "Einheitsverbandes" - soweit überhaupt welche vorhanden sind - bestehen nur aus Arbeitslosen. Es ist daher sehr zu bezweifeln, ob die kommunistische Gründung die Lebensdauer der früheren "Union" erreichen wird. Zu bewundern ist nur die Dreistigkeit der kommunistischen Redakteure, die Tag für Tag mit Lügen die Öffentlichkeit über die Pleite der kommunistischen Verbandsgründung hinwegzutäuschen versuchen.

SPD. Im Bezirk des Landesarbeitsamts Westfalen stieg die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger in der zweiten Januar-Hälfte um 21 116 auf 280 128 Personen. Die Zahl der Arbeitssuchenden erhöhte sich um 5,2 Prozent. Auf tausend Einwohner entfallen in Westfalen nunmehr 54,3 Hauptunterstützungsempfänger.

Die im Verhältnis zu den letzten Wochen erheblich niedrigere Zahl der Neumeldungen von Arbeitslosen ist in der Hauptsache auf einen festeren Beschäftigungsgrad in den Aussenberufen, insbesondere im Bau- und Baustoffgewerbe zurückzuführen. Der Anteil der Verbrauchsgüterindustrien an der gesamten Erwerbslosigkeit ist so erheblich gestiegen, dass fast der fünfte Teil aller Arbeitslosen auf diese Berufsgruppen (Nahrungs- und Genussmittelgewerbe) entfällt. Die Senkung der Eisenpreise hat noch keine arbeitsmarktliche Belebung hervorrufen können.

SPD. Im Kölner Grosshandel wurde ein Schiedsspruch gefällt, der von beiden Parteien angenommen wurde. Er bringt für die Angestellten einen Gehaltsabbau von 4,4 Prozent. Gehälter bis 125 Mark monatlich bleiben vom Abbau frei. Die soziale Zulage bleibt unverändert. Das Abkommen gilt bis zum 30. September 1931.

Wirtschaft Technik Handel

Um den Schenker=Vertrag.

Fehlgriff der Reichsbahngesellschaft?

SPD. Der scharfe Wettbewerbskampf, in dem die Reichsbahngesellschaft gegenüber der Konkurrenz des Kraftwagens steht, wird nicht allein von der Tariffhöhe bestimmt, sondern auch von sonstigen wirtschaftlichen Vorteilen, die der Kraftwagenverkehr gegenüber der Eisenbahn besitzt. So ist es z.B. zu erklären, dass die Kampftarife, die die Reichsbahn gegen die Kraftwagenkonkurrenz eingeführt hat und die teilweise sogar die Beförderungssätze der Kraftwagenunternehmungen unterbieten, grösstenteils wirkungslos geblieben sind. Ein wesentlicher Vorteil, den der Kraftwagenverkehr bietet, ist vor allem der gleichzeitig mit dem Ferntransport verbundene An- und Abfuhrdienst. Ausländische Eisenbahnunternehmungen z.B. in England, haben schon seit jeher die Sammlung und Abrollung der Güter mit übernommen. In jüngster Zeit sind auch mehrere Staatsbahnen, in der Schweiz, in Holland usw., unter Druck der Kraftwagenkonkurrenz dazu übergegangen, sich eigene Bahnspeditionsunternehmungen und eigenen Kraftwagenverkehr anzugliedern.

Die Reichsbahn, die leider versäumt hat, sich rechtzeitig einen eigenen Kraftwagen=Zubringerdienst zu schaffen und überhaupt auf den Kraftwagenferntransport Einfluss zu nehmen, hat sich jetzt entschlossen, wenigstens den Verfrachtern die An- und Abfuhr zu erleichtern und zu verbilligen. Mit der grossen Speditionsunternehmung Schenker & Co. hat die Reichsbahn einen Vertrag abgeschlossen, nach dem dieser Unternehmung ein Bahnspeditionsmonopol übertragen werden soll. Das neue Unternehmen "Deutsche Bahn=Spedition Schenker & Co) verpflichtet sich, eine Vereinheitlichung und wesentliche Gebührensenkung im Rollfuhrdienst vorzunehmen. Es soll ferner als Verkehrsagentur der Reichsbahn tätig sein und sich durch Zusammenstellung von Ladungen und Frachtverbilligungen um verstärkte Wettbewerbsfähigkeit der Reichsbahn gegenüber dem Kraftwagen bemühen. Die neue Bahnspeditionsgesellschaft soll sich grundsätzlich des vorhandenen Apparates der Spediteure bedienen, die aber auch gegen eine angemessene Provision den An- und Abfuhrdienst der deutschen Bahnspeditionen überlassen können. Das Reich selbst ist mit 20 % an den Gewinnen der konzessionierten Monopolgesellschaft beteiligt. Mit dem Vertrag sind noch eine Reihe von Nebenzwecken verbunden, vor allen Dingen eine Reglementierung des Kraftwagenverkehrs dadurch, dass sich Kraftfahrerunternehmer, die mit der Bahnspeditionsmonopolgesellschaft zusammenarbeiten wollen, zur Innehaltung der Reichsbahntarife usw. verpflichten müssen.

Gegen diesen Vertrag hat sich ein Sturm der Interessenten erhoben. Die Speditions- und Fuhrbetriebe haben dagegen protestiert, weil sie durch die Zwischenschaltung einer Monopolgesellschaft in ihrer wirtschaftlichen Betätigung eingeengt würden. Man wird im Gegensatz zu dieser Auffassung alle Bestrebungen, die auf Vereinheitlichung unserer zersplitterten und teilweise unwirtschaftlichen Verkehrswirtschaft hinauslaufen, begrüßen müssen, da nur so Kapitalfehlleitungen verhindert werden und auf die Dauer Verkehrsverbilligungen möglich sind. Gerade im Speditions-gewerbe ist eine übermässige Ausdehnung eingetreten. Die Sätze, die für die An- und Abfuhr erhoben werden, sind recht hoch, sodass an sich eine Rationalisierung und planmässige Gestaltung des Rolldienstes durchaus notwendig ist. Hierbei ist zu berücksichtigen,

dass die vorhandenen leistungsfähigen Fuhr- und Speditionsunternehmungen gegen angemessene Vergütungen in den Rolldienst der Reichsbahn angegliedert werden sollen.

Allerdings haben auch wir stärkste Bedenken, dass diese Vereinheitlichung einem Privatunternehmen ohne ausreichende Kontrolle und Einflussnahme der Reichsbahn übertragen soll. Es scheint uns nicht angängig, dass eine derartig wichtige und bedeutungsvolle Verkehrstätigkeit einem privaten Speditionsunternehmen überlassen wird. Es ist ja auch bezeichnend, dass die ausländischen Staatsbahnen entweder den Zu- oder Abfuhrdienst durch völlig eigene Unternehmen oder durch gemischtwirtschaftliche Unternehmungen mit massgeblichem Einfluss der öffentlichen Hand durchführen lassen. Es scheint uns daher unbedingt erforderlich, dass das Reichsverkehrsministerium auf Grund der ihm zustehenden Aufsichtsbefugnisse sich eingehend mit dieser beabsichtigten Neuordnung befasst und dass unbedingt für eine stärkere Einflussnahme und Kontrolle der Reichsbahn gesorgt wird.

SPD. Die Wirtschaftskrise hat jetzt zu einer Umgruppierung in der Leitung eines unserer grössten Warenhauskonzerne, des Karstadtkonzerns geführt. Hoffentlich zieht man allgemein daraus die Lehre, dass alte Fehler nicht allein durch Lohndruck und Lohnkürzungen gutzumachen sind.

Der Karstadtkonzern machte in den letzten Jahren durch seine starken Erweiterungen von sich reden. In diesem Zusammenhang fiel schon frühzeitig das üble Wort von einer Ueberexpansion. Das dürfte zutreffen. Auch will man wissen dass viele Neugründungen z.B. die Errichtung des Riesenwarenhouses am Hermannplatz in Berlin nicht so recht den Erwartungen entsprechen. Das Schlimme ist, dass der Karstadtkonzern die Expansion mit Hilfe einer sehr weitherzigen Kreditaufnahme durchführte. Die Ueberschuldung drückt jetzt in der Krisenzeit doppelt auf den Konzern. Im besonderen will man wissen, dass leitende Persönlichkeiten im Konzern grössere Aktienpakete auf Kredit durchgehalten haben, um ihren Einfluss zu sichern. Aus diesen Operationen heraus sollen eine zeitlang Zwangsversteigerungen von Karstadtaktienpaketen gedroht haben. Vorläufig hat man sich im Karstadtkonzern entschlossen, dem bisherigen Generaldirektor Dr. Schöndorff einen neuen Kopf an die Seite zu stellen und zwar fiel die Wahl auf Max Höpe, der früher der Schaaffhausener Bank in Köln angehörte. Die Herkunft Höpes weist darauf hin, dass seine Tätigkeit sich vorzugsweise auf die finanziellen Dinge im Karstadtkonzern erstrecken wird.

Trotz des Wechsels in der Leitung bleiben die Verhältnisse bei Karstadt völlig ungeklärt. Allerdings will man wissen, dass sich die Karstadtverwaltung auf amerikanische Hilfe stützen kann, da die Amerikaner weitgehendes Interesse an diesem Konzern haben.

SPD. Auf dem deutschen Benzinmarkt ist es zu neuen Kämpfen gekommen und zwar geht die Kriegserklärung diesmal von den Russen aus. Die Russen sind keineswegs als Aussenseiter auf dem deutschen Benzinmarkt anzusprechen. Sie haben bis jetzt die Preispolitik der grossen Oelkonzerne im grossen und ganzen mitgemacht. Ausserdem stehen die russischen Oellieferanten in einem langfristigen Lieferungsverhältnis zu der deutschen Benzolerzeugung, also zu den grossen deutschen Grubenunternehmungen, besonders in Rheinland und Westfalen. Wenn die russischen Oele billiger sind als die der anderen ausländischen Lieferanten, dann ist diese russische Billigkeit bis jetzt den Benzolerzeugern zugute gekommen und nicht den deutschen Konsumenten.

Nach vorliegenden Nachrichten haben die Russen den Tankstellenpreis ganz

allgemein um 2 bis 3 Pfennige erniedrigt. Das wird die englischen und nordamerikanischen Konzerne zwingen, ähnliche Massnahmen zu ergreifen. Man will in diesem Preiskampf bereits die Vorläufer für den grossen Quotenkampf auf dem Benzinmarkt seien, mit dem in Kürze bei uns zu rechnen ist.

Die russische Preisermässigung bezieht sich nur auf die Benzinpreise und, infolge des Lieferungsverhältnisses der Russen zu den deutschen Benzolerzeugern, nicht auf die Preise von Gemisch.

SPD. Die Bayerische Hypotheken- und Wechselbank, eine der grössten Unternehmungen auf dem Gebiet des Realkredits, die, wie im Vorjahr eine Dividende von 10% zahlt, weist in ihrem Geschäftsbericht geradezu Rekordzahlen auf. Die Bilanzsumme übersteigt mit 1034 Millionen Mark (im Vorjahr 963 Millionen Mark) zum ersten Mal die Milliardengrenze, die in der Vorkriegszeit im Jahre 1901 erreicht wurde. Der Gesamtumsatz erhöhte sich von 14,79 Milliarden Mark auf 15,06 Milliarden. Der Ueberschuss wird mit 21,13 Millionen Mark angegeben gegenüber 21,35 Millionen Mark im Vorjahr. Die Unkosten ermässigten sich von 16,07 Millionen auf 15,78 Millionen Mark. Somit errechnet sich ein Reingewinn von 4,81 Millionen Mark gegenüber 4,76 Millionen Mark. Hinsichtlich des Hypothekengeschäfts wird bemerkt, dass das Jahr 1930 eine bedeutsame Nettomehrung des Pfandbriefumlaufs um rund 119 Millionen Mark brachte. Das ist eine Summe, wie sie im Neugeschäft bisher noch nicht erreicht wurde.

SPD. Die Mitteldeutschen Stahlwerke A.G., die Filiale des Ruhrtrusts in Mitteldeutschland, setzt die Dividende von 8 auf 6% herunter. Auf Grund der Erfolgsrechnung und der immerhin sehr flüssigen Bilanz kann man über die Notwendigkeit dieser Dividendenreduzierung verschieden denken. Der Umsatz hat sich gegenüber dem Vorjahr etwa um ein Sechstel verringert. Dementsprechend wird der Betriebsüberschuss nur mit 11,74 Millionen Mark gegenüber 13,06 Millionen Mark ausgewiesen. Die Abschreibungen sind in die Höhe gesetzt worden (von 3,78 Millionen auf 3,96 Millionen Mark). Steuern und soziale Aufwendungen verringerten sich von 4,92 Millionen auf 4,28 Millionen Mark. Rechnerisch ergibt sich somit ein Reingewinn in Höhe von 3,35 Millionen Mark gegenüber 4,35 Millionen Mark im Vorjahr. Die Vorräte werden mit 13,3 Millionen angegeben gegenüber 9,3 Millionen.

Die Kohlenförderung stellt sich für das Berichtsjahr auf 1,79 Millionen Tonnen (im Vorjahr 1,84 Millionen Tonnen), die Rohstahlerzeugung auf 468 000 (538 000 Tonnen) und der Umsatz an Fremde auf 90 Millionen (108 Millionen Mark)

SPD. Nach einem Bericht des Gesamtverbandes deutscher Baumwollwebereien ist im Laufe des Monats Januar eine saisonmässige Belebung eingetreten, die aber in der Hauptsache auf kurzfristige Aufträge zurückzuführen ist. Auch von den Einkaufstagen für Stahlwaren, Schuhe, Glas und Porzellan wird berichtet, dass die Veranstaltungen Erfolge weit über die Erwartungen brachten.

SPD. Das Reichsernährungsministerium hat die nächste Schweinezählung auf den 2. März festgesetzt.

SPD. Wenn man die Ausfuhrziffern für Textilfertigerwaren für das Jahr 1930 mit den entsprechenden Ergebnissen des Vorjahres vergleicht, so kann man an einer seltsamen Erscheinung nicht vorübergehen. Der Export fast sämtlicher Fabrikate ist zum Teil recht erheblich zurückgegangen und nur der Posten "Wäsche und Kleidung" hat eine Zunahme zu verzeichnen, die sich im ersten Monat des Jahres 1931 noch keineswegs verringert hat. Im einzelnen ergibt sich folgendes Bild:

Zunahme (+) oder Abnahme (-) der Fertigwarenausfuhr
in der Textilwirtschaft 1930 gegenüber 1929

	<u>nach der Menge</u>	<u>nach dem Wert</u>
Seide u. Kunstseide	+ 6,4 %	- 4,8 %
Wolle u. andere Tierhaare:		
Baumwolle	- 7,9 %	- 12,5 %
Leinen	- 13,6 %	- 15,7 %
Weichhanf	- 5,8 %	- 10,2 %
Jute	- 34,9 %	- 30,4 %
Wäsche u. Kleidung	+ 42,1 %	- 53,9 %
	+ 3,9 %	+ 10,2 %

Man ist leicht versucht, angesichts dieser Entwicklung eine Parallele zu dem Krisenjahr 1925/26 zu ziehen, wo der Export von Wäsche und Kleidung bei sinkendem Inlandsbedarf ebenfalls eine ganz erhebliche Steigerung zu verzeichnen hatte. Genau wie heute versuchte man auch damals einen Ausgleich zu schaffen, indem man die Ausfuhr forcierte und in den Mittelpunkt aller Dispositionen stellte, sodass die jetzige Lage der Dinge ganz offenbar keine wirtschaftliche Abnormität bedeutet.

Bei dieser Erklärung, die man von vielen Seiten hören kann, sind einige ausschlaggebende Momente unbeachtet geblieben. Im Krisenjahr 1925/26 war der wirtschaftliche Niedergang auf Deutschland lokalisiert und innerhalb einer kapitalstarken Welt war es sehr wohl möglich, ein günstiges Ausfuhrergebnis zu erzielen, wenn man die nötige Energie dazu aufbrachte. Wenn auch die Aufnahmefähigkeit der europäischen Länder infolge der ungeklärten Währungsverhältnisse zum Teil stark eingeengt war, so konnte die Industrie dafür in den damals noch konjunkturbegünstigten Vereinigten Staaten und in anderen überseeischen Ländern einen Ausgleich finden. Heute ist die deutsche Krise nur eine örtliche Auswirkung der Weltwirtschaftskrise und der Wille zu exportieren genügt selbst bei der grössten Energie nicht mehr, um ein günstiges Ergebnis zu erzielen. Die Exportsteigerung unserer Konfektionsindustrie muss also andere Gründe haben.

Diese Gründe sind nicht wirtschaftlicher, sondern modischer Natur. Der Uebergang vom kurzen zum langen Kleid und neuerdings vom kurzen zum langen Mantel ist natürlich keine Sondererscheinung in einzelnen Ländern, sondern ein von Paris aus erlassenes Diktat der Weltmode. Wie in Deutschland, so hat auch die Konfektionsindustrie anderer Staaten dadurch einen Auftrieb erhalten, und der Bedarf in den mehr auf die Einfuhr angewiesenen Gebieten wuchs. So konnte also auch die deutsche Konfektion im schwersten Krisenjahr ihren Export vergrössern und nach dem Urteil der Fachwelt ist diese Entwicklung insbesondere für die Mäntelfabrikation noch nicht abgeschlossen. Auch das Jahr 1931 wird eine Erhöhung der Ausfuhr von Wäsche und Kleidung mit sich bringen.

Zwischen der mengen- und der wertmässigen Steigerung besteht ein Unterschied von 6,3 %. Diese Tatsache ist darauf zurückzuführen, dass das Ausland in der Hauptsache Qualitätswaren bevorzugt, die sich beim reichsdeutschen Einzelhandel nicht als gangbar erweisen.

Die wichtigsten Absatzgebiete für Konfektionswaren sind Holland, die Schweiz, Skandinavien und unter den überseeischen Ländern Südafrika.

Höhere Preise schwer durchzusetzen.

(Berliner Getreidebörse vom 11. Februar)

SPD. Die Lage an der Berliner Produktenbörse war am Mittwoch wenig verändert. Weizen hatte weiter feste Tendenz; die Julinotiz am Markte der Zeitgeschäfte lautete z.B. um $2\frac{1}{2}$ Mark höher, während die Frühjahrssichten um 1 bis $1\frac{1}{2}$ Mark gewannen. In effektiver Ware blieb bei beträchtlich erhöhten Forderungen das Angebot gering, jedoch liessen sich weder beim Weizen noch beim Roggen die hohen Preise durchsetzen. Bezahlt wurde etwa eine Mark über die Notiz vom Dienstag, sodass die Umsätze nur gering waren. Der Mehlmarkt hatte etwas lebhafteren Verkehr. Teilweise wurde für Weizenmehl 25 Pfennig je Sack mehr gezahlt. Hafer hatte ruhiges Geschäft bei stetigen Preisen. Für Gerste war infolge geringen Angebots in brauchbaren Qualitäten die Stimmung fest.

	<u>10. Februar</u>	<u>11. Februar</u>
	(ab märkische Station in Mark)	
Weizen	267 - 269	268 - 270
Roggen	157 - 158	157 - 158 $\frac{1}{2}$
Braugerste	204 - 213	204 - 213
Futter- und Industriergerste	190 - 204	190 - 204
Hafer	137 - 146	139 - 147
Weizenmehl	30,75-37,50	31,00-37,75
Roggenmehl	23,50-26,50	23,50-26,50
Weizenkleie	11,00-11,25	11,00-11,25
Roggenkleie	9,50-10,00	9,50-10,00

Handelsrechtliche Lieferungsgeschäfte: Weizen März 282 $\frac{1}{2}$ -282 $\frac{3}{4}$ Mai 290-289 $\frac{1}{2}$, Juli 295 $\frac{1}{2}$ bis 294. Roggen März 176 $\frac{1}{2}$, Mai 184 $\frac{1}{2}$ -184 Brief, Juli 185 $\frac{1}{2}$ bis 185 $\frac{1}{4}$. Hafer März 155 $\frac{1}{2}$ und Brief, Mai 163 und Brief, Juli 170 - 169.

Berliner Obst- und Gemüsemarkt.

SPD. Preisnotierungen für Obst und Gemüse in den Berliner Markthallen ab 10. Februar pro Pfund in Pfennigen: Weisskohl 6-9, gelber Wirsingkohl 9-12, grüner Wirsingkohl 16-20, Rotkohl 10-13, Wurzelspinat 25-28, Mohrrüben gewaschen 6-8, Grünkohl 12-16, Kojlrüben 5-7, Rübchen, gewöhnl. 13-20, Teltower Rübchen 25-35, Rote Rüben 6-8, Zwiebeln 6-8, Kochäpfel 30-37, Essäpfel 30 und mehr Pfennige.

SPD. Die Einfuhr deutscher Waren nach Frankreich hat sich von 6,6 Milliarden Franken im Jahre 1929 auf 7,9 Milliarden Franken im Jahre 1930 gesteigert. Damit steht Deutschland an erster Stelle, vor Amerika, das noch im vorigen Jahr die erste Stelle einnahm, Grossbritannien und Belgien. Der Wert der nach Deutschland eingeführten Waren machte im Jahre 1930 - 4,7 Milliarden Franken aus gegenüber 4,15 Millionen im Vorjahr.

Der deutsch-französische Handelsvertrag hat also, insbesondere für Deutschland, gute Früchte gezeitigt. Angesichts dieser günstigen Entwicklung ist es heller Wahnsinn, wenn z.B. einige kurzsichtige Textilindustrielle immer noch die Kündigung dieses Vertrages verlangen.

Kunst und Wissen

U N T E R H A L T U N G S B E I L A G E D E S S + P + D

Berlin, den

11. Februar 1931.

Die Nacht in der Heide.^x

SPD. "Da ist Licht", sagte einer von uns. Wir hatten uns in der Heide verirrt. Wie wir nachher feststellten, liefen wir den ganzen Abend buchstäblich in Kreise herum. -

Frühmorgens waren wir zu einer zweitägigen Heidewanderung aufgebrochen. Stundenlang gingen wir durch den klaren, schönen Wintertag, der sich gegen Mittag immer mehr zu verschleiern begann. Nun trieb Sturm die grauen Schneewolken nach Westen. Vor einer Stunde hatte es angefangen zu schneien. Zuerst dünn und mit grossen Flocken, die lustig durch die Luft tanzten und wirbelten und am Boden rasch zergingen. Dann aber trieb der Wind uns immer dichter die Schneewirbe ins Gesicht. Immer heftiger wurde das Schneetreiben.

Plötzlich war es Nacht. Pechschwarze Finsternis. Auf unsern Lodenmänteln hing der Schnee als eine drückende, feuchte Last. Ueber uns spürten wir die jagenden Wolken, die sich immer mehr über die endlose Heide auszuschütten begannen.

Wir hatten den Weg verloren, als plötzlich das Licht durch den Schnee hindurch vor unsern Augen auftauchte. Mit müden, schweren Schritten marschierten wir nun alle vier durch den fushohen Schnee. Dem Lichte entgegen. "Eine nette Bescherung!" Hätten wir doch wenigstens die Brettl mitgenommen!" sagte der Jüngste von uns, den der verunglückte Ausflug nervös und ängstlich gemacht hatte.

Das Licht kam näher. Zuletzt standen wir vor einer einsamen, armseligen Heidekate. Ich riss am Tor. Wütendes Hundegebell war die Antwort. Wir warteten. Immer noch raste der Wind in heftigen Stössen über die flache, schutzlose Heide und der Schnee fiel, als wollte er alles unter seiner weissen Decke begraben.

Endlich kamen von drinnen her schlürfende Schritte. Ein Riegel wurde zurückgeworfen. Dann sahen wir beim Schein einer kleinen Laterne den Kopf eines alten, bärtigen Mannes. Eigentlich musste er uns schon ansehen, was wir suchten. Einen Unterschlupf vor Schnee und Wind - ein Dach zum Schlafen. Wir waren entsetzlich müde, hungrig und nass. Wir baten um eine Unterkunft. Der Alte hob als Antwort die Laterne und leuchtete über unsere Köpfe, als wollte er uns eine Musterung unterziehen. Aber er schwieg und machte nur eine Bewegung: Wir sollten ihm folgen.

Rechts vom Hause lag eine kleine Werkstatt, und aus ihren Fenstern kam das Licht, das uns den Weg hierher gewiesen hatte. Im Hause selbst war alles dunkel. Der Alte ging uns voraus und öffnete die Tür, - und nun kam das Merkwürdige und Seltsame dieser Nacht, das wir nie vergessen werden:

Aus der Finsternis ins Licht tretend sahen wir eine kleine Schreinerwerkstatt mit nackten, weissgetünchten Wänden, an denen Geräte und Werkzeuge hingen. In der Mitte aber stand auf einer Hobelbank ein glatter, blanker Sarg aus rohem Holz. Und als wir uns wie unter einem Zwange umwandten, fanden wir in der Ecke gleich hinter der Tür den Leichnam einer alten Frau.

Auf alles waren wir gefasst - nicht aber auf dies.

Beinahe achtlos war der kleine, ausgezeherte Leib der Toten auf ein Laken mitten ins Stroh gebettet. Das Laken hüllte ihn ein, und wir sahen nur den Kopf, der, so schien es, beinahe vorwurfsvoll mit halb zugeklappten Augen auf uns starrte. Das Kinn war mit einem Tuche festgebunden.

Wir blickten den alten Schreiner fragend an. Der zuckte die Achseln:

"Hab' keinen andern Platz für euch", sagte er mit der Kargheit des niedersächsischen Bauern. Er stand schon wieder beim Sarge und schraubte Beschläge ins Holz, noch ehe wir die Rucksäcke abgeworfen hatten.

Später schien er sich zu besinnen. Er ging hinaus und brachte Stroh, viel Stroh, räumte Geräte beiseite und breitete das Stroh auf dem Fussboden aus. Draussen wirbelte noch immer der Schnee, und der Wind pfiff um das Haus, als wollte er es zerbrechen.

Wir zogen die Essvorräte aus unsern Rucksäcken. Aber keiner ass etwas. Alle Augenblicke sahen wir verlegen nach der Toten, die mit einer unsagbar trostlosen Gebärde die Hände auf der Brust gekreuzt hielt.

Die Stunden zogen vorüber. Wir hatten unsre Sachen neben den eisernen Ofen zum Trocknen aufgehängt und gingen daran, uns auf dem Stroh ein Nachtlager herzurichten. Endlich, um Mitternacht, hatte der Alte seine Arbeit beendet. Wir halfen ihm, den Sarg auf die Erde stellen, und betteten die Tote sanft hinein.

Der Schreiner setzte sich für einen Augenblick müde auf den Schemel. Als wir fragten, erzählte er uns ohne Einleitung die Geschichte der Toten: Den Lebensweg einer armen Frau, die nun hier für immer ausruhte. Die Geschichte eines jener von Not und Mühsal getränkten Schicksale, wie sie von den Menschen der kleinen, armseligen Heidedorfer ohne Murren von Jugend an ertragen werden.

Dann schlürfte er ohne Gruss hinaus. Wir fanden keinen Schlaf. Einer von uns stand auf und riss die Fenster weit auf, dass die kristallklare Luft der Winternacht kühl hereinströmte. Wir löschten das Licht und sprachen noch leise miteinander, beinahe flüsternd, als könnten wir sonst die Ruhe der Toten stören. Draussen tobten noch immer Wind und Schnee über die Heide.

"Wo wären wir jetzt, wenn wir das Licht nicht gesehen hätten?" sagte einer. "Und ist es nicht seltsam, dass gerade dieses Licht, das einer so traurigen Verrichtung diene, uns gerettet und vor einer furchtbaren Nacht bewahrt hat?" --

Nach Stunden kurzen und unruhigen Schlummers standen wir auf. Kaum, dass der erste trübe Schein der Dämmerung durch die Fenster hereinkroch. Als wir gingen, stand im Osten die Morgenröte der aufgehenden Sonne. Wie mit einem weissen Tuche bedeckt lag die Heide vor unsern Blicken. Sturm und Nacht waren wie ein dunkler Spuk zerronnen, zerschmolzen in der Helligkeit des Wintermorgens.

Das Erlebnis der Nacht aber lag noch lange auf unsern Gesichtern, und als wir gegen Mittag auf einer Lichtung rasteten, rief Magnus plötzlich: "Hört ihr?"

Wir lauschten - von fern her trug der Wind die armselige Stimme einer Glocke an unsre Ohren. "Das Begräbnis...", sagte Lothar, und wir sahen dorthin, wo sich am Horizont ein paar kleine Häuser mühsam zu einem Dorfe vereinigten....

Alfred Prugel.

Der Kampf um die Wellen.^x

SPD. "Es ist sehr einfach" - sagte mein Freund Kurt mit überlegener Ruhe und der Miene eines Fachmannes - "und dann machen auch selbstgebaute Anlagen sehr viel mehr Freude als die fertig gekauften. Besorge Dir nur diese paar Anleitungsbücher; das Material bekommst Du an jeder Ecke - Du kannst gleich hier um die Ecke gehen - "

So verfuhr ich denn auch. Schon seit langer Zeit wollte ich eine Radioanlage haben. Nichts war mir mehr willkommen als der Rat des Fachmannes. Mein Freund Kurt ist eigentlich im Hauptberufe Lebenskünstler; er fährt auch gut Auto; manche rühmen seine Redegaben. Dann ist er aber auch Radiofachmann. Er vermag nur so im Handumdrehen die kompliziertesten Schaltungen vorzunehmen; er ist mit allen Systemen befreundet und kennt alle Schwächen, die ihnen anhaften; er hat sehr viele Zahlen im Kopfe, die sich auf Wellen beziehen, von denen ich nur dunkle Ahnungen besitze, deren Wesen aber mein Freund Kurt durchaus kennt. Fachausdrücke in grosser Zahl schwirren stets um ihn herum. Sonst aber

ist er ein gutmütiger junger Mann.

Ich las mir einige der Anleitungen durch; aber ich war wohl nicht so ganz bei Stimmung, denn es schien mir, als verstünde ich sie nicht. Vielleicht habe ich sie übrigens wirklich nicht verstanden. Jedenfalls musste ich nun an die Anschaffung der Utensilien herangehen. Der Verkäufer sagte zuvorkommend: "Ah, der Herr sind gewiss Bastler, oh, sehr interessant; Sie werden viel Freude daran haben - dieser Experimentierkasten kostet nur achtundvierzig Mark - ja, eine einfache, aber solide Ausführung - wenn Sie etwas noch Besseres suchen - da wäre hier der überhaupt beste Kasten - ". Und diesen kaufte ich.

Daheim begann ich zur Verwunderung meiner Frau mit den ersten Radioexperimenten sogleich im vollen Tempo. Ich montierte einige gänzlich überflüssige Familienbilder aus ihren Rahmen und bespannte die Rahmen mit Kupferdraht. Ich ersetzte die schwachen Nägelchen durch kräftige, die das Holz durch und durch spalteten und wirklich fest hielten. Ich tat dies, weil mir die Betteinlagen als Antennen unerreichbar sind; diese Dinge gehören zu den Kompetenzen meiner Gattin. Ich hatte tüchtig Antennendraht gedreht. Dann schritt ich zu einem Anschluss an die Wasserleitung. Die ersten Versuche misslangen, weil unser Mädchen - es ist eine treue Seele - stets mit ihrem linken Fusse beim Ueberschreiten der Schwelle die Leitung entzwei riss. Ich bohrte dann ein sinnreiches Loch durch die polierte Türfläche; so ging es. Bis dahin war ich nachdenklich gewesen,; nun begann ich, stolz zu werden.

Der Apparat selbst war leicht zusammenzustellen; die Anleitung war sehr genau. Ich musste mir allerdings einige Kleinigkeiten, Schrauben, Drähte, Stäbchen und derlei noch besorgen; da es nicht immer passte, sogar mehrfach. Aber das kostet ja nicht viel. Und schliesslich - ein fertiger Detektor kostet auch nicht viel weniger als die Hälfte oder ein Drittel, aber man hat nicht die Freude des Bastelns. Ich bastelte also weiter. Bis alles schön sauber nach dem Plan geordnet war. Zusammengebaut. Ich lauschte an diesem Abend wie nichts anderem; ausser den Worten meiner Gattin, aber diese waren von Musik recht verschieden.

Nun bekam ich den Besuch meines Neffen. Der ist elf Jahre alt und will einmal Funkentelegrafist werden. Er besichtigte meine Anlage und lächelte. In diesem Augenblick sah er meinem Freunde Kurt ähnlich. Er nahm die ganze Anlage auseinander und sagte: "Das ist gar nichts, Onkel! Das ist Quatsch! Ich werde es Dir mal zeigen..." Damit ging er in die Küche. Ich hörte einen heftigen Wortstreit und entnahm daraus, dass meine Gattin sich ebenfalls in der Küche befand; das überraschte mich sehr, denn es trifft nur selten zu. Kurz darauf kehrte mein Neffe zurück. Er hatte zwei leere Konservenbüchsen unter dem Arme, dann viele Nägel, Blechkapseln, Licht- und Klingelleitungsdraht, die zerbrochene Leiste einer Mundharmonika, ausserdem allerlei Dinge, die sich auf den ersten Blick nicht genau definieren liessen. Dann begann er zu arbeiten. Die Folgen dieser emsigen Arbeit waren verschiedener Art. Der Möbellieferant musste meinen Arbeitstisch und die Konsole im Speisezimmer frisch polieren; die Platten mussten neu abgehobelt werden. Der Installateur buchte einen Wasserrohrbruch. Der Elektriker setzte drei neue Sicherungen ein. Der Mieter unter uns beschwerte sich brieflich; jener über uns versuchte es tätlich, aber er war zu schwach dazu. Der Hauswirt ging zum Mietseinerigungsamt. Ich ging an den Apparat, den man von einem zerlegten Fordauto kaum unterscheiden konnte, und horchte. Meine Gattin packte nebenan einen Koffer; sie hatte bereits nach Hause telegraphiert. Aber das war nicht tragisch, denn ihre Eltern wohnten weit weg von uns. Ich aber lauschte.

Endlich kam es! Zuerst war es etwas leise, dann aber gut zu vernehmen. Es war eine Jazzbandmusik, glaube ich. Es klang wundervoll. Allerdings waren im Sendezimmer scheinbar Nebengeräusche, denn bisweilen hörte man die zu der Musik gehörenden Tanzschritte. Mein Apparat ist sehr fein; er registriert alle Nuancen. Nach dem Jazz kam etwas aus "Traviata". Dann, in der Pause, unterhielten sich Künstler, aber ich hörte das nur ganz leise. Dann kam wieder Jazz-

band, dasselbe Stück noch ein Mal, dann abermals "Traviata". Vielleicht wird am Sender geprobt oder etwa für Schwerhörige wiederholt - dachte ich mir un- wahr sehr befriedigt. Meine Frau, die inzwischen wieder ausgepackt hatte, kam nun näher und hörte mit zu. Es war wieder Jazzband, dasselbe Stück noch ein drittes Mal, und dann wieder "Traviata". Sie war hocherfreut, umarmte mich, nannte unsern Neffen ein Genie, entdeckte, dass ihr Uebergangsmantel unmodern ist und der Uebergang zu einem Cape gegeben erscheint.

Ich hörte fünfmal die Jazzmusik, siebenmal "Traviata".

Tags darauf traf ich meinen Nachbarn zur Linken. Er war gut aufgelegt und sah mich dennoch schuldbewusst an. Dann sagte er freundlich: "Hoffentlich haben wir Sie gestern abend nicht gestört, lieber Freund! Aber die Tante meiner Frau ist etwas schrullig. Sie hat uns da eine Meistergrammophonplatte und laute Nadeln geschenkt Auf der einen Seite der Platte ist "Traviata", auf der anderen eine Jazzband"

Demnächst habe ich drei Verhandlungen. Schwere Körperverletzung; leichte Körperverletzung (der Neffe); und eine angenehme Sache, in der erst einmal Süh- netermin ansteht; das Gericht ist ja immer bemüht, Ehen zu kitten. -

Uebrigens habe ich gestern einen Apparat gekauft. Einen fertigen Radio- apparat. Er macht keine Bastelfreude - aber man hört damit recht gut. Und teuer war er auch nicht. Ich trete nun dem Verein "Schwarz Hörer" bei. Demnächst werde ich rückkoppeln, dass das Peilen ein Vergnügen sein wird.

Frank Arnau.

Lenin, das Photo und eine Verhaftung.^X

SPD. Mein Freund und ich - das heisst: eigentlich waren wir gar keine Freunde, denn wir hatten uns dauernd vorher gestritten. In den Tälern des Transkaukasus hatte es begonnen, als ich ihm die materialistische Geschichts- auffassung beweisen wollte und den Marx'schen Satz, dass sich Kultur und Le- bensweise nach den wirtschaftlichen Verhältnissen richten, an dem vor uns lie- genden Beispiel demonstrierte: mitten in Kleinasien hatten die Bergvölker unter den gleichen Lebensbedingungen wie unsre Alpenbewohner fast genau die gleiche Bauart, Wohnweise und Arbeitsmethode. Trotzdem liess er sich nicht überzeugen und beharrte auf seiner angelesenen bürgerlichen Denkweise. Dennoch waren wir, uns menschlich nach diesen Diskussionen nur noch näher gekommen. So gingen wir auch jetzt gemeinsam nach dem Hauptplatz des kleinen russischen Städtchens am Schwarzen Meer, so unsre Reisegruppe sich seit einigen Tagen aufhielt. Wir wollten einige Photos machen und deshalb möglichst unauffällig bleiben. Doch das war praktisch unmöglich, denn überall, wo wir stehen blieben, wurden wir angesprochen, ja, oft sogar im Gehen angehalten und nicht eher weggelassen, bis wir wenigstens gesagt hatten, woher wir kamen, und wer wir seien.

Die ersten Aufnahmen sollten dem Denkmal Lenins gelten, das auf dem glei- chen Platze steht, auf dem früher steinerne Zaren thronen. Leider ist das Denkmal auch ebenso geistlos wie die früheren Standbilder. Der Zar sass in allen Städten auf einem Gaul und regierte; Lenin hält an allen grösseren Plät- zen des russischen Reiches seine Versammlungsreden in der typischen Stellung: die eine Hand weit ausgestreckt, die andere in der Tasche, mit weit aufgerisse- nem Gesichte, darüber die berühmte Tellermütze. Während mein Kamerad verzwei- felte Anstrengungen macht, mit seinem unpraktischen Apparat dieses Klischee- denkmal in günstigster Stellung und Beleuchtung auf die Platte zu kriegen, und durch seine Operationen bereits eine ansehnliche Volksmenge um sich versammelt hat, knipse ich unauffällig die auf den Bänken herumsitzenden Typen: Studenten, mit dicken Mappen voller Bücher, Arbeiter, die ihr Mittagbrot verzehren, Rot- armisten mit ihren Mädchen und kleine, verlumpte Kinder, die gebratene Äpfel verkaufen.

Dann ziehen wir weiter. Die Polizistin am Verkehrsturm, an dem etwa alle

zehn Minuten ein Auto und alle Augenblicke eine rasende Pferdedroschke vorbeikommt, schaut uns durchdringend an, gibt aber sofort den Weg frei. Die Hauptstrasse ist jetzt gegen Mittag sehr belebt. Vor den Kaffeehäusern sitzen Soldaten, Arbeiter und Leute mit dicken Mappen, von denen man nie weiss, was sie eigentlich sind, und trinken Tee oder löffeln Eis. Wir wagen uns nirgends hinein, weil man uns bestimmt nicht auf unser Papiergeld herausgeben kann oder will. Eine Tasse Tee kostet 10 Kopeken, doch wenn man mit einem Rubelschein bezahlt, bekommt man nichts zurück, weil niemand seine Münzen herausgibt. Der Bauer hält Kupfer und Nickel immer noch für wertvoller als bedruckte Scheine und speichert alle Münzen trotz strengen Verbotes auf. Uns aber ist das Risiko zu gross, für ein Glas dünnen Tee zwei Mark zahlen zu müssen, und deshalb warte wir bis zum gemeinsamen Mittagessen.

Während wir durch die Strassen bummeln, die Auslagen eines Trödlerladens mit kompletter kaukasischer Waffenausrüstung anschauen und die komischen Bilder in den vielen Photoateliers betrachten, wo sich genau wie bei uns kleine Leute an grossen, gemalten Autos und in kühner Tartarentracht haben aufnehmen lassen, fällt uns ein Mann auf, der sich immer dicht hinter uns hält. Wir denken, wahrscheinlich ist es jemand, der sich besonders für uns interessiert, und gehen weiter planlos durch enge Gassen, bis wir plötzlich zwischen schreienden Händlern und tuschelnden Männern stehen. Wir sind in einen schwarzen Markt geraten, wo alles Mögliche verkauft wird: Tücher, Uhren, Messer.... Verschiedene halten uns an, wieviel wir für die Photoapparate haben wollen, und bieten sogar einen überhohen Preis. Doch wir müssen die Apparate ja wieder mit über die Grenze nehmen, weil sie in die Pässe eingetragen sind, und ausserdem ist dieser Handel verboten, und wir wissen ja nie, mit wem wir es zu tun haben. Trotzdem klappen wir den Apparat auf, um die Neugierde der Leute zu befriedigen und gleich einige Aufnahmen zu machen. Wieder sucht mein Freund mit Mühe die richtige Stellung misst die Entfernung ab, wirft sich das schwarze Tuch zum Beobachten über den Kopf. Da klopft ihm der Mann, der uns die ganze Zeit gefolgt war, auf die Schulter und nimmt ihm den Apparat ab. Protest, Passvorzeigen hilft alles nichts. Er weist sich als Polizeibeamter aus, und wir müssen ihn zur Wache begleiten. Der G.P.U.-Mann dort ist etwas schlauer als sein übereifriger Kollege und lässt uns nach einer Ermahnung, die Filme vorschriftsmässig vor der Grenzüberschreitung entwickeln zu lassen, damit sie durchgesehen werden können, wieder laufen. Unser "Schatten" aber folgt uns immer noch in angemessener Entfernung.

Unsre Gruppe trifft sich am "Hotel International" zum Mittagessen. Unser Professor geht vorher hinein, um sich zu erkundigen, und kommt mit betrübttem Gesicht wieder heraus. Das einfachste Essen soll hier 3,50 Rubel (7 Mark) kosten, was unsre Reisekasse nicht verträgt. Trotz unsres hungrigen Magens müssen wir also weiterziehen. Im anderen Hotel der Stadt ist alles überfüllt, und lange Reihen stehen schon vor dem Speisesaal. Schliesslich findet unser Leiter ein kleines Gartenrestaurant. Er lacht mit dem jungen Mädchel an der Kasse, und wir werden hereingelassen und bekommen sogar den Vorzugspreis der Arbeiter ange rechnet. Auch hier ist es überfüllt, aber rücksichtslos werden alle, die schon fertig mit Essen sind, von ihren Tischen vertrieben und wird für uns Platz gemacht. Diese Bevorzugung, die wir schmerzlich empfinden, und die wir auch bei anderen Gelegenheiten wahrnehmen können, entspricht dem Geltungsbedürfnis jedes Betriebes, der gegenüber den anderen hervorsteht.

Die Kellnerinnen sind fleissig und lustig, aber alles macht den Eindruck eines wirren Durcheinander. Bald fehlt es an Geschirr, bald an Suppe, und alle müssen warten. Niemand regt sich darüber auf. Ein Klavierspieler und ein Geiger spielen schmalzige italienische Musik, Walzer und Militärmärsche. Erst auf unsern Wunsch spielen sie einiges von russischen Komponisten. Neben uns an einem schmutzigen Tische häufen sich die Bierflaschen. Ein Arbeiter, schon erhitzt und gesprächig, will sich mit uns unterhalten und stellt sich gleich als der "rote" Direktor einer Fabrik vor, wie er stolz betont. Hier sitzen an

einem Tische Direktor, Ingenieur und Arbeiterrat einer staatlichen Fabrik, an einem anderen Offiziere mit ihren kitschig aufgeputzten Frauen, die uns freche Blicke zuwerfen. Dazwischen Arbeiter - oder es können auch hohe Beamte sein, denn niemand kann das sagen -, Studenten, Komsomolzinnen. Jeder drängt sich vor, um zuerst Essen zu bekommen, denn niemand weiss, wie lange es noch reicht. Und vor einem Schalter an einem Seiteneingang stehen in langer Reihe alte Frauen, Kinder und Männer mit Scheinen in der Hand und warten, dass man in ihre Töpfe etwas übrig gebliebenes Essen gibt.

"Sehen Sie, das ist Kommunismus", sagt mein Freund, und ich muss beschämt schweigen. Carly Rambler.

Pflanzenbegleiter des Menschen.X

SPD. Wer im Frühling in einem Buchenwalde wandert, der sehe sich einmal recht genau darin um. Nie wird der duftende Waldmeister dort fehlen, ebenso wenig das grünste aller "deutschen Blätter" - nämlich die Haselwurz oder das Perlgras. Sie und viele andere Pflanzen sind längst bekannt als Buchenbegleiter. Fällt man den Wald, so leben sie noch eine Zeitlang kärglich dahin, aber es scheint, als ob sie wie ein treuer Hund um ihren Herrn trauerten. Immer kümmerlicher steigen ihre Blätter von Lenz zu Lenz auf; unweigerlich kommt einmal ein Mai, in dem auch sie gestorben sind, wie ihre "Leitpflanze". Aber nicht nur die Buche hat so treue Begleiter. Auch der Fichtenwald kennt solche Pflanzen und mehr noch die Kiefer, wenngleich es gerade um die Treue der Kiefernbegleiter höchst eigen bestellt ist. Die schön blühenden Nelken oder den Ginster wird man, namentlich im norddeutschen Kiefernwalde, niemals vergeblich suchen; man wird sie aber auch oft finden, ohne dass Kiefern ihr lichtiges Schattengesprenkel darüber breiten. Trotzdem haben diese Pflanzen der Kiefer die Treue gehalten. Denn jedenfalls hat, und wenn auch schon vor Jahrzehnten, auf jenem Fleck Erde einmal ein Kiefernwald gestanden. Er nimmt eben seine Lebensleute nicht so unbedingt in Anspruch, dass sie ohne ihn sofort eingehen würden.

Auch der Mensch hat seine Pflanzenbegleiter. Die gemeine Wegbreite, die man in Süddeutschland Wegerich nennt, ist in den nordamerikanischen Prärien so beharrlich den Europäern gefolgt, dass die Indianer sie die "Fusspur des weissen Mannes" nennen und überall, wo sie sie finden, mit Sicherheit darauf schliessen, dass dort - und wenn auch vor vielen Jahren - einmal Fremdlinge aus dem Osten gehaust haben. Die lieblich blühende Wegbreite und die duftende Kamille sind nun eigentlich die schönsten unter den Menschenbegleiterinnen; die übrigen sind alle Auswürflinge, oft giftig, stets verdächtig und gemein. Die Brennessel gehört dazu und der übelriechende Gänsefuss, Mäusegerste, Glaskräuter, Vogelknöterich, auch der abscheuliche Schierling, das stinkende Bilsenkraut und der abenteuerliche Stechapfel, der sich, vielleicht nicht ganz freiwillig, an die Zelte der Zigenner auf der ganzen Welt, von China bis nach Deutschland, heftet.

Ist es wirklich noch niemandem aufgefallen, dass sich nicht eine einzige der reinen Wald- und Wiesenblumen in den Dorfgassen einfindet?

Wie eine Warnung vor der Natur des Menschen bleibt diese üble Gesellschaft unausrottbar sitzen, wo einmal der Europäer sein Haus gebaut hat. Rührend und seltsam vielsagend kann das sein, so etwa damals, als der nordische Forscher Nordenskjöld im Jahre 1830 nach Spuren einer Besiedlung Amerikas durch Weisse vor dem Zuge der Spanier suchte und in Grönland nur eine einzige Spur fand, allerdings eine sichere und unleugbare, nämlich die "Ruderalpflanzen", die auch heute noch um die norwegischen Bauerngehöfte wuchern. Brennessel und Gänsefingerkraut, dem grönländischen Boden sonst fremd, sind allein

von jenen Wikingerfahrten zur Zeit der Karolinger übrig geblieben. Neunhundert Jahre lang haben sich dort die Menschenbegleiter fortgepflanzt, nachdem ihre "Herren" längst untergegangen waren. Ein wehmütig lächelndes Gleichnis ist das, aus dem man lesen mag, was "Treue" heisst, und wie ehern Gesetze der Natur sind.

An den Tatsachen von Vereinigung und Zusammengehörigkeit lässt sich also nicht zweifeln, und wir sehen, dass sich auch der Mensch davon nicht hat frei machen können. Es geht demnach auch die Menschheit etwas an, wenn man seine Aufmerksamkeit diesen scheinbar sehr fern liegenden und nebensüchlichen Dingen zuwendet.

Dr. R. Francé.

SPD. Ist der Regenwurm stumm?^X Seit altersher galt es bei den Asiaten als ausgemacht, dass der Regenwurm Töne von sich gibt. Die Chinesen behaupten von ihm sogar, dass er singt, und nennen ihn noch heute wegen seines zarten "Gesanges" ko-nü, d.h. "das singende Mädchen". Die Koreaner nennen ihn den Sirongmacher, weil er, wie sie behaupten, die Laute si-rong hervorbringe. In Europa wurde der Regenwurm bis in die neueste Zeit hinein für stumm gehalten, trotzdem sicherlich auch manchen europäischen Gelehrten der chinesische oder koreanische Name für den Regenwurm bekannt gewesen ist. Höchstwahrscheinlich erklärten sie sich diese Benennungen als Phantasieprodukte des einfachen Volkes. Es ist deshalb ganz besonders interessant, dass Professor Mangold die Feststellung gemacht hat, dass der allgemein für stumm gehaltene Regenwurm beim Arbeiten in seiner Höhle deutlich hörbare Töne von sich gibt. Die Aufgabe der Forscher wird es jetzt sein, diesen "Gesang" des Regenwurmes näher zu untersuchen. Es zeigt sich aber wieder einmal, dass ein einfaches Kind des Volkes, das in der Natur lebt, häufig in manchen kleinen Dingen ein besserer Naturkenner ist als der exakte Naturforscher, der in der Grosstadt wohnt, dicke Bände durchstudiert und mit der richtigen Natur nicht immer nahe in Berührung kommt.

SPD. Ein altrömisches Amphitheater.^X In Tersato hat man die Reste eines römischen Amphitheaters entdeckt. Die Entdeckung geschah zufällig anlässlich der Strassenregulierungsarbeiten auf dem Tersato-Hügel. Für diese Arbeiten erwies sich die Niederreissung einer Einfriedigungsmauer des dortigen Franziskaner-Klosters notwendig und die Ebnung des sogenannten Tolaz-Tales. Vor kurzem kam Monsignore Bulich nach Tersato, besichtigte die römische Ruine und machte die Behörden darauf aufmerksam, dass es vom historischen Standpunkt aus höchst bedauerlich wäre, wenn man die Reste des Amphitheaters der alten römischen Tersatica vernichten würde. Die Behörden werden nach dem Urteil der Sachverständigen ihre Beschlüsse über das weitere Schicksal dieser bedeutsamen archäologischen Entdeckung fassen.

SPD. Ein zeitgenössisches Dante-Porträt.^X Das älteste Porträt Dantes soll kürzlich aufgefunden worden sein in einem Fresco-Gemälde der Kirche San Domenico zu Pistoia. Dominikaner-Mönche haben diese Frescobilder im Beginn des 14. Jahrhunderts hergestellt, und unter zwei Gestalten, die man in diesen Tagen frei legte, finden sich die Unterschriften "Petrarca" und "Dante". Die Züge der Gesichter auf diesen beiden Bildern stimmen mit denen auf bereits bekannten Darstellungen überein. Aber als ein zeitgenössisches Bild Dantes würde das neu entdeckte von besonderem Werte sein. Auf dem Fresco ist noch eine dritte Person dargestellt, deren Namen man bisher nicht hat feststellen können.
